

JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD

Bezirk Ostwestfalen-Lippe

HERFORDER

THESEN

**ZUR ARBEIT
VON MARXISTEN
IN DER SPD**



dvk

HEFT

3

JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD

Bezirk Ostwestfalen-Lippe

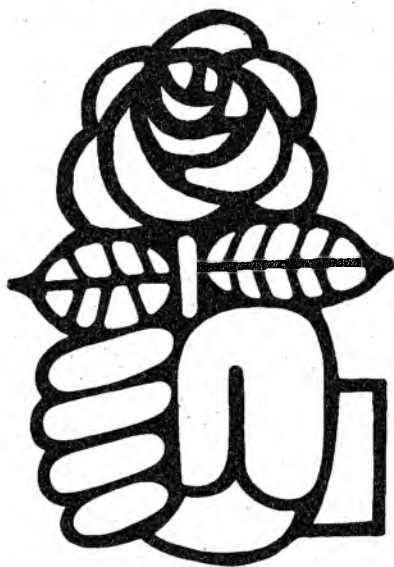
HERFORDER

THESEN

ZUR ARBEIT

VON MARXISTEN

IN DER SPD



dvk

Reihe

POSITIONEN DER JUNGSOZIALISTEN

Jungsozialisten Ostwestfalen-Lippe,
Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD

1. Auflage Berlin, Mai 1978

Herstellung und Vertrieb: **DVK - Verlag GmbH.**
Demokratische Verlags-Kooperative
Walter Obiora, Postfach 1231, 1 Berlin 47

Einzelverkaufspreis:
3,--DM zuzüglich Porto

Titelblatt:
Erich Rauschenbach

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-88107-020-6

Druck: Oktoberdruck (o3o) 612 32 56

I N H A L T

VORWORT	5
1. EINLEITUNG.....	6
2. GRUNDLEGENDE KRISEN MomENTE DES GEGENWÄRTIGEN KAPITALISMUS ...	13
2.1. Chronische Krisenerscheinungen und langfristige Stagnation	13
2.2. Die Ursachen der gegenwärtigen langfristigen Stagnationsperiode	14
2.3. Kapitalistische Methoden und Formen der Überwindung der langfristigen Stagnationsperiode und ihre Widersprüche .	16
2.4. Zur Funktion des Staates im heutigen Kapitalismus	17
3. DER DEMOKRATISCHE WEG ZUM SOZIALISMUS IN DEN KAPITALISTISCHEN INDUSTRIELÄNDERN UND IN DER BRD.....	20
3.1. Das "Neue" einer solchen Strategie gegenüber den bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung	20
3.2. Demokratisierung der Wirtschaft als Kernbereich jeder sozialistischen Alternative	22
3.3. Grundlegende demokratische Transformation des Staates ..	26
3.4. Strategische Bedingungen zur Einleitung des demokratischen Weges zum Sozialismus	29
3.5. Besonderheiten der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der BRD	33
3.6. Demokratische Transformation von Wirtschaft und Staat in der Bundesrepublik	38
4. ZUR KRITIK DER BISHERIGEN SPD-POLITIK: AUFGABEN UND MÖGLICHKEITEN DER SOZIALDEMOKRATIE.....	44
5. SCHWERPUNKTBEREICHE SOZIALDEMOKRATISCHER ALTERNATIVEN	53
5.1. Sozialistische Wirtschaftspolitik	53
5.1.1. Für das Recht auf Arbeit	53
5.1.2. Für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik	54
5.1.3. Kurzfristige Forderungen	55
5.1.3.1. Arbeitszeitverkürzung	55
5.1.3.2. Erhöhung der Massenkaufkraft	56
5.1.3.3. Öffentliche Investitionstätigkeit	57
5.1.4. Mittelfristige Maßnahmen	58
5.2. Erhalt und Ausbau der demokratischen Rechte	59

V O R W O R T

Nach dem Bad Lippspringer Bezirksparteitag der ostwestfälisch-lippischen SPD 1976 ist die Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen unserer Arbeit und die konkrete Vermittlung der sozialistischen Perspektive unter dem Druck der politischen Tagesgeschäfte nicht selten vernachlässigt worden. Die Herforder Thesen gehen zurück auf Anregungen von Repräsentanten der Vereinigten Linken und Arbeitsgemeinschaften der Jungsozialisten, die in einer Intensivierung der programmatischen Diskussion eine notwendige Bedingung zur Konsolidierung und Erweiterung der errungenen innerparteilichen und außerparlamentarischen Erfolge sehen. Im Dezember 1977 bildete sich eine Arbeitsgruppe, in der Ulrich Blumenkamp, Erhard Eichert, Werner Hamel, Rainer Hofemann, Axel Horstmann, Heinrich Lienker, Bernhard Pollmeyer und Manfred Walhorn mitgewirkt haben. Sie wurden unterstützt von Detlev Albers, Kurt Neumann und Andreas Wehr.

Die Diskussionsergebnisse der Arbeitsgruppe wurden im April d.J. dem Bezirksausschuß und -vorstand der Jungsozialisten OW-L zur Beratung vorgelegt. Aufgrund der besonderen Belastung aller beteiligten Genossen durch die politische Tagesarbeit konnten jedoch mehrere Themen, deren Bearbeitung zunächst geplant war, nur am Rande behandelt werden. Das betrifft insbesondere folgende Punkte:

- a) Die Ausarbeitung und Konkretisierung der Strategie des demokratischen Aufbaus sozialistischer Gesellschaftsverhältnisse als Leitvorstellung der marxistischen Strömung in der SPD seit der Verabschiedung des Erfurter Programms 1891;
- b) Entstehung, Ausbreitung und Entwicklungsprobleme der sozialistischen Länder, der antiimperialistischen Befreiungsbewegungen sowie der sozialistischen Alternativen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Industrieländern;
- c) Konkretisierung und Ergänzung der Schwerpunktbereiche sozialdemokratischer Alternativen.

Es sollte möglich sein, diese Lücken in den kommenden Monaten zu schließen.

Die Herforder Thesen sind in der vorliegenden Fassung vom Bezirksausschuß und Bezirksvorstand der ostwestfälisch-lippischen Jungsozialisten auf gemeinsamen Klausurtagungen am 7. und 12. Mai 1978 in Herford und Brake als Diskussionsplattform einstimmig verabschiedet worden. Der Bezirksausschuß hat auf seiner letzten Sitzung eine Perspektivkommission eingesetzt, in der aus allen Unterbezirken mehrere Genossinnen und Genossen vertreten sind. Zum Vorsitzenden wurde Jürgen Opitz gewählt, den stellvertretenden Vorsitz haben Ulrich Blumenkamp, Achim Lukowiak, Detlev Oberpenning und Bernhard Pollmeyer übernommen. Die Perspektivkommission ist beauftragt worden, auf der Grundlage einer umfassenden Diskussion in den Arbeitsgemeinschaften und Unterbezirken eine überarbeitete und ergänzte Fassung der Herforder Thesen vorzulegen.

"Bedenken, ob der einzelne ungeachtet aller Opfer, Arbeit und Mühe den Beginn einer neuen, schöneren Kulturperiode noch erlebe, des Sieges Früchte noch genieße, dürfen keinen aufstoßen, noch weniger dürfen sie ihn von dem betretenen Weg abhalten. Noch können wir weder die Dauer noch die Art der Entwicklungsphasen bestimmen, die dieser Kampf um die höchsten Ziele zu durchlaufen hat, wir können dies ebensowenig, wie wir über die Dauer unseres Lebens eine Gewißheit haben. Aber wie die Lust zum Leben uns beherrscht, so können wir auch die Hoffnung hegen, diesen Sieg zu erleben. Stehen wir doch in einem Zeitalter, das sozusagen mit Siebenmeilenstiefeln vorwärtsstürmt und deshalb alle Feinde einer neuen, höheren Gesellschaftsordnung erzittern macht...

Kämpfen und streben wir also immer voran, unbekümmert darum, "wo" und "wann" die Grenzpfähle für eine neue, bessere Zeit für die Menschheit eingeschlagen werden. Und fallen wir im Laufe dieses großen, die Menschheit befreienden Kampfes, so treten die uns Nachstrebenden für uns ein. Wir fallen in dem Bewußtsein, unsere Schuldigkeit als Mensch getan zu haben, und in der Überzeugung, daß das Ziel erreicht wird, wie immer die dem Fortschritt der Menschheit feindlichen Mächte sich dagegen wehren und sträuben mögen."
DEM SOZIALISMUS GEHÖRT DIE ZUKUNFT.
(August Bebel)

1. EINLEITUNG

Die Entwicklung der zweiten allgemeinen Überproduktionskrise in der Bundesrepublik brachte für die Gesamtheit der arbeitenden Bevölkerung weitaus härtere Belastungen mit sich, als dies noch 1966/67 der Fall war. Alle Teilbereiche der sozialen Lage, wie Umfang und Dauer von Arbeitslosigkeit, Stagnieren und Absinken der realen Einkommen, Einfrieren bzw. Verminderung der staatlichen Sozialleistungen, zusätzliche Gefährdung einzelner Gruppen von Lohnabhängigen (Jugendliche, Frauen, ausländische Arbeitnehmer) weisen dabei übereinstimmende Belege einer akuten Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen aus.

Die Unternehmerverbände haben in den letzten Jahren und verstärkt seit dem Einbruch der Wirtschaftskrise durch ihren Kampf gegen die errungenen Rechte der Arbeiter und Angestellten und insbesondere gegen das vermeindliche Mitbestimmungsgesetz sowie mit ihrer unnachgiebigen Haltung in den Tarifauseinandersetzungen und die begleitenden Massenaussperrungen zu erkennen gegeben, daß sie ebenso wie die dominierenden Strömungen in der CDU/CSU gewillt sind, durch eine gravierende Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse die politische Demokratie für eine autoritäre Umwandlung zu öffnen. Auf der anderen Seite hat die andauernde ökonomische Instabilität und die reaktionäre Strategie des Monopolkapitals die Ideologie der Sozialpartnerschaft ausgehöhlt und große Teile der Gewerkschaftsbewegung veranlaßt, die Angriffe auf den sozialen Besitzstand der arbeitenden Bevölkerung und die gewerkschaftlichen Rechte durch die Mobilisierung ihrer Mitglieder zu beantworten (z.B. Streik der Metallarbeiter in Nordbaden/Nordwürttemberg und der monatelange Arbeitskonflikt um wirksamen Rationalisierungsschutz in der Druckindustrie).

Mit den wachsenden Schwierigkeiten der Kapitalverwertung hat sich der ökonomische Spielraum integrationistisch angelegter Reformvorhaben rapide vermindert. So kam es an der Oberfläche der politisch-parlamentarischen Auseinandersetzungen schon vor dem Einsetzen der eigentlichen Krise zu einem deutlichen Nachlassen des sozialliberalen Reformelans, das sich in massiven Stimmenverlusten der SPD bei den Landtagswahlen und in Enttäuschung zahlreicher 1972 noch mobilisierter Wähler niederschlug. Seit dem Kanzlerwechsel Brandt/Schmidt wurden dann faktisch alle weitergehenden Reformvorhaben zu den Akten gelegt oder erhielten immer deutlicher eine konservative Handschrift (Steuerreform, Mitbestimmung, Berufsausbildung, Hochschulrahmengesetz, Bodenrecht usw.).

- Das Abwälzen der Krisenlasten auf die Lohnabhängigen, das vorläufige Scheitern einer ernstzunehmenden Reformpolitik und die parallel gehende Zunahme antidemokratischer Tendenzen stellten alle Teile der sozialdemokratischen Linken vor deutlich veränderte und gegenüber dem Beginn der siebziger Jahre erschwerte Kampfbedingungen. Unmittelbar in ihrem politischen Selbstverständnis betroffen waren vor allem Vertreter reformistischer Positionen in der SPD-Linken, deren Vorstellung einer schrittweisen, kontinuierlichen Veränderung und Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch den tatsächlichen Krisenverlauf offenkundig widerlegt wurde. Nachdem ihren Repräsentanten zwischen dem Nürnberger Parteitag 1968 und dem Hannoveraner Parteitag 1973 eine Verstärkung ihres innerparteilichen Einflusses gelungen war, standen sie nun vor der Alternative, sich entweder dem Kurs der Parteiführung zu fügen und damit zugleich eine verschärfte Abgrenzung von den weiter links stehenden Teilen der Partei vorzunehmen oder aber ihre Positionen im Sinne einer konsequenten antikapitalistischen Orientierung fortzuentwickeln. Einerseits illustriert der oft halbherzige Widerstand gegenüber administrativen Maßnahmen zur Disziplinierung konsequent sozialistischer Positionen sowie der Ab-

lauf und das Ergebnis des Mannheimer Parteitages die Anpassung reformistischer Positionen an die integrationistische Strömung der Sozialdemokratie. Andererseits enthält beispielsweise die Diskussion über Investitionslenkung und demokratische Wirtschaftsplanung, die auch von reformistischer Seite verstärkt aufgegriffen wurde, wichtige Anknüpfungspunkte für gemeinsame Forderungen aller Tendenzen der sozialdemokratischen Linken.

Die Wiederbelebung der marxistischen Diskussion vollzog sich zunächst in den Jugendorganisationen der sozialdemokratischen Bewegung, in denen sich erstmals seit langen Jahren wieder Klassenbewußte, marxistische Kräfte inhaltlich und organisatorisch konstituieren konnten. Daß insbesondere bei den Jungsozialisten entgegen allen Disziplinierungsversuchen wichtige Positionen errungen werden konnten, zeigen die Schwerpunkte der zurückliegenden Bundeskongresse (Investitionslenkung und Vergesellschaftung, Funktion des Staates im Kapitalismus und die Bedeutung der Reform für eine sozialistische Strategie, Alternativen sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik) ebenso wie der Verlauf des Hamburger und Hofheimer Bundeskongresses, auf denen es den marxistisch orientierten Bezirken gelang, sich nach heftigen innerparteilichen und verbandsinternen Auseinandersetzungen in der bedeutendsten sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft durchzusetzen.

In Ostwestfalen-Lippe ist die Herausbildung eines linken Flügels bei den Jungsozialisten lange vor der Münchener Wende 1969, die heutige Stabilität unseres Bezirks und unsere Verankerung in der Partei maßgeblich ein Resultat der langjährigen und zielgerichteten Arbeit der Parteilinken. Die Vereinigte Linke, deren Basis in den letzten Jahren ständig breiter wurde, stellt heute in der Parteiorganisation die Mehrheit in zahlreichen Ortsvereinen, hat ihren Einfluß in den Unterbezirken und im Bezirk ständig ausweiten können und trägt maßgeblich die Arbeit der Bezirksorganisationen der Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen, der Frauen, der Juristen und der Jungsozialisten. Außerhalb der SPD arbeiten zahlreiche Repräsentanten der Vereinigten Linken an hervorragender Stelle in den DGB-Gewerkschaften, bei den Falken und in Bürgerinitiativen oder sind an den Schulen und Hochschulen fest verankert. Im Gegensatz zur Parteirechten, die über einen großen Apparat verfügt, beruht der Erfolg der Parteilinken ausschließlich darauf, daß es auf der Grundlage der gemeinsamen sozialistischen Orientierung und übereinstimmender Auffassungen von der geschichtlichen Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei immer wieder gelungen ist, die theoretischen und praktischen Differenzen durch die Diskussion im Sinne einer einheitlichen Ausrichtung der Tagesarbeit zu überwinden. Die ständigen Angriffe des rechten Parteiflügels können zwar vorübergehend wertvolle Arbeitskapazität binden, die Anziehungskraft der sozialdemokratischen Linken beeinträchtigen und Wahlerfolge der Partei gefährden, sie können aber nicht die politische Identität und die Geschlossenheit der Vereinigten Linken erschüttern.

Marxistisch orientierte Auffassungen sahen sich seit 1974 im Gefolge rechtsgerichteter Tendenzen in der SPD verstärkten Isolierungsbestrebungen gegenüber, die bis zu Parteiausschlüssen und der Forderung des rechten Parteiflügels nach administrativer Ausschaltung marxistischer Positionen in der Sozialdemokratie reichten. Nach dem Hamburger Bundeskongreß der Jungsozialisten wurde gegen die neue Mehrheit und insbesondere gegen die sogenannte Stamokap-Gruppe mit denselben ideologischen Schablonen Front gemacht, mit denen 1969/70 die gesamte Organisation angeschuldigt worden war, ihr Konzept wirtschaftlicher, politischer und innerparteilicher Demokratisierung bedeute eine Absage an die parlamentarische Demokratie und eine Abkehr von Godesberg. Im Gegensatz zu Peter von Oertzen, der in einem Beitrag für den Vorwärts verblüffende Übereinstimmungen des Godesberger Programms mit den Analysen der Stamokap-Theorien feststellte und die zentralen Forderungen des "innersozialdemokratischen Stamokap-Programms" Mitbestimmung, Vergesellschaftung und demokratische Planung in die programmatische Tradition der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Linken seit 1945 einordnete (ohne jedoch die inhaltliche Auseinandersetzung über die Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und die Perspektiven sozialdemokratischer Politik aufzunehmen) unterstellte der rechte Parteiflügel den marxistischen Sozialdemokraten, ihre analytischen und strategischen Positionen seien antifreiheitlich, antisozialistisch und antidemokratisch.

Immer wieder wird der Einwand erhoben, alle praktischen Versuche, die zentralen wirtschaftlichen Bereiche zu vergesellschaften, hätten demokratischen Anforderungen nicht genügt: Daher sei erwiesen, daß Gemeineigentum und Demokratie in Wirklichkeit unvereinbar sind. Es wird aber stets übersehen, daß bis heute in den hochentwickelten kapitalistischen Ländern keine Praxis der Vergesellschaftung unter entscheidender politischer Mitverantwortung von demokratischen Sozialisten verwirklicht werden konnte.

Als Kern der Stamokap-Theorie gilt die Analyse des kapitalistischen Staates, der in der marxistischen Gesellschaftsanalyse in seiner Abhängigkeit von den dominierenden ökonomischen Kräften charakterisiert wird: "Ökonomische Macht bedeutet zugleich politische Macht. Die Herrschaft über die Wirtschaft gibt zugleich die Verfügung über die Machtmittel der Staatsgewalt. Je stärker die Konzentration in der wirtschaftlichen Sphäre, desto unumschränkter die Beherrschung des Staates." (Rudolf Hilferding) Die Tragweite einer solchen Aussage liegt vor allem darin, daß sie es erlaubt, in der allgemeinsten, wenn auch für jeden einzelnen Anwendungsbe-reich noch zu konkretisierenden Weise die inneren Bewegungsgesetze staatlicher Tätigkeit im Kapitalismus zu erfassen. Zugleich läßt sie erkennen, was gerade unter den gegenwärtigen Bedingungen eines immer stärkeren Ausgreifens des Staates in die gesamtgesellschaftliche Reproduktion zu den Hauptaufgaben sozialdemokratischer Regierungsführung gehören müßte, nämlich die Befreiung der Staatstätigkeit aus der Macht der Großwirtschaft und ihre grundlegende Umorientierung im Arbeitnehmerinteresse.

Eng verknüpft mit der Kritik der marxistischen Staatstheorie ist die Unterstellung, linke Sozialdemokraten wollten nicht nur den bürgerlichen Staat bekämpfen, sondern strebten den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung unter Herrschaftsformen an, bei denen alle individuellen und kollektiven Freiheitsrechte beseitigt werden, sofern sie den Intentionen der neuen Gesellschaft widersprechen. In der Tradition der kämpferischen Sozialdemokratie organisieren die Marxisten in der SPD den Kampf für den Sozialismus im Rahmen und auf dem Boden der geltenden demokratischen Verfassung, das heißt unter bewußter Anerkennung und Verteidigung der parlamentarischen Demokratie, des Parteienpluralismus, der Gewerkschaftsautonomie und der politischen und sozialen Grundrechte. Bei der Erringung der politischen Macht durch die Arbeiterbewegung wird darüber hinaus der demokratischen Durchdringung und Transformation des Staates ein wesentlicher Anteil an den Realisierungschancen des demokratischen Weges zum Sozialismus in der Bundesrepublik zufallen.

Als sich zu Beginn der siebziger Jahre in der westdeutschen Sozialdemokratie eine Tendenz herausbildete, die wieder bewußt an die Traditionen der kämpferischen Sozialdemokratie und die Vorstellungen von Karl Marx, Friedrich Engels, August Bebel und Rosa Luxemburg anzuknüpfen versuchte, hatte die große Mehrheit der SPD ihre politische Orientierung bereits seit mehr als einem Jahrzehnt ausschließlich auf die Ideologie der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre und Sozialwissenschaft gestützt und seither jegliche theoretische und praktische Bezugnahme auf den wissenschaftlichen Sozialismus aufgegeben. Die sozialdemokratische Linke konnte in dieser Phase für die Analyse der ökonomischen, sozialen und politischen Verhältnisse der Bundesrepublik und für die Konkretisierung des demokratischen Weges zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern wichtige Erkenntnisse aus der im einzelnen sehr unterschiedlich ausgeprägten Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus, aber auch aus Beiträgen der Neuen Linken gewinnen und darüberhinaus auf wesentliche Arbeiten des Austromarxismus zurückgreifen, dessen bemerkenswertester Repräsentant, Otto Bauer, von 1918 bis 1934 der unbestrittene Führer der Sozialistischen Partei Österreichs war. Nicht minder bedeutsam waren die Fortschritte in der Ausarbeitung, Konkretisierung und Weiterentwicklung einer systemüberwindenden sozialistischen Strategie, die während der zurückliegenden Jahre in der westeuropäischen Arbeiterbewegung vorgenommen worden sind und insbesondere die Anregungen und Impulse, die von den im CERES organisierten Genossen der Sozialistischen Partei Frankreichs ausgegangen sind. Im Mittelpunkt der theoretischen Reflektion sozialdemokratischer Marxisten steht jedoch bis heute die Ausarbeitung von Tagesforderungen und die Entwicklung einer sozialistischen Praxis, so daß grundlegende Beiträge zur sozialdemokratischen Programmdiskussion zunächst auf wenige, wenngleich bedeutsame Ausnahmen beschränkt blieben. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere das Strategiepapier der Hamburger Jungsozialisten (1971), Kurt Neumanns Thesen zur Position einer marxistischen Linken in der Sozialdemokratie (1973),

der Entwurf eines Aktionsprogramms der nordrheinwestfälischen Jungsozialisten (1974), eine systematische Kritik am 2. Entwurf des Orientierungsrahmens sowie alternative Beiträge und Änderungsanträge mehrerer Parteigliederungen zum OR '85 (1975).

Seitdem die Hoffnungen vieler Sozialdemokraten auf eine langfristige Stabilität des ökonomischen, sozialen und politischen Gefüges der Bundesrepublik durch die Realität widerlegt worden sind, mehren sich die Zweifel an der überkommenen Ausrichtung sozialdemokratischer Regierungspolitik. Es ist heute die Aufgabe der sozialdemokratischen Linken durch die Orientierung auf die sozialistische Gesellschaftsordnung die traditionellen und potentiellen sozialdemokratischen Wähler und Mitglieder gegen konservative und totalitäre Bestrebungen zu immunisieren und im Kampf gegen die autoritäre Umwandlung der bürgerlichen Demokratie einen Richtpunkt zu setzen. Karl Marx hat nachgewiesen, daß in der bürgerlichen Gesellschaft die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit einen Punkt erreichen, wo sie in unerträglichem Widerspruch zur kapitalistischen Rechts- und Eigentumsstruktur geraten. "Marx hat damals aus Vorgängen Schlüsse gezogen, die erst in kleinsten Ansätzen sichtbar waren. Heute sind diese Erscheinungen unvergleichlich weiter gediehen. Es genügt deshalb nicht mehr, zu sagen, daß die Stunde des Privateigentums schlagen wird. Heute müssen wir beginnen, uns genaue Vorstellungen über den Gang der Expropriation zu machen. Marx konnte 1867 nur die großen Linien der Entwicklung sehen, wir haben heute mehr zu leisten. Erstens: weil die kapitalistische Entwicklung zum Abschluß des Konzentrationsprozesses drängt; zweitens: weil wir schon über gewisse geschichtliche Erfahrungen verfügen, die uns lehren, wie das geschehen kann und - wie es nicht geschehen soll. Das sind vor allem die Erfahrungen der großen russischen Revolution seit 1917. Es genügt nicht, bei Marx stehenzubleiben. Wir müssen uns darüber hinaus eine anschauliche Vorstellung machen, in welcher Weise das Proletariat diesen Übergang zur sozialistischen Gesellschaft zu vollziehen hat." (Otto Bauer) Die mobilisierende Wirkung, die die deutsche Sozialdemokratie in der Vergangenheit dadurch auslösen konnte, daß sie der Gegenwart den Spiegel einer Gesellschaft entgegenhielt, in der die Entwicklung der allgemeinen Selbstbestimmung die Bedingung für eine wirkliche individuelle und kollektive Befreiung schafft, kann sich wiederholen und fortsetzen, wenn es gelingt, das Ziel der sozialistischen Gesellschaft und die Strategie des demokratischen Weges eingehender und konkreter auszuarbeiten.

Die Diskussionsplattform ist in Thesenform abgefaßt worden. Das beinhaltet den Verzicht darauf, alle Stufen der theoretischen Ableitung der Gesellschaftsanalyse und der strategischen Forderungen darzustellen. Stattdessen werden die wesentlichen Ergebnisse der Analyse und die Hauptmerkmale der strategischen Orientierung durch die Hervorhebung der jeweiligen Kernpunkte herausgearbeitet. Es ist beabsichtigt, den gegenwärtigen Diskussionsstand der marxistischen Linken in den

wesentlichen Grundzügen darzulegen und darüber hinaus einen eigenständigen Beitrag zur sozialdemokratischen Programmdiskussion beizusteuern. Sozialisten haben die Probleme der Übergangsperiode in der Vergangenheit immer vernachlässigt. Im Mittelpunkt der Diskussionsplattform steht deshalb die Konkretisierung des demokratischen Weges zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern, die zweifelsohne nach einer ausführlichen Debatte weiter ausgearbeitet werden muß. Ebenso wird es notwendig sein, in der Zukunft verschiedene wissenschaftliche und praktische Probleme aufzugreifen, die in den Thesen nur kurz skizziert werden konnten. Das betrifft insbesondere die Entwicklung klassenbewußter marxistischer Positionen in der deutschen Sozialdemokratie in den vergangenen hundert Jahren, die Veränderung der Klassenstruktur und die Funktion der ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen, die geschichtliche Entwicklung der nicht-kapitalistischen Länder, die Probleme nationaler sozialistischer Entwicklungswege in Westeuropa, die Bedeutung außerparlamentarischer demokratischer Aktionen und das Verhältnis der sozialdemokratischen Linken zu den Gewerkschaften und anderen fortschrittlichen Bewegungen. Diese Lücken sind hingenommen worden, um eine zügige Veröffentlichung der Thesen zu ermöglichen. Es ist vorgesehen, nach einer umfassenden Diskussion eine überarbeitete und ergänzte Fassung der Herforder Thesen vorzulegen.

2. GRUNDLEGENDE KRISEN MomENTE DES GEGENWÄRTIGEN KAPITALISMUS

2.1. Chronische Krisenerscheinungen und langfristige Stagnation

Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre zeichnen sich im System der kapitalistischen Weltwirtschaft eine ganze Reihe von sozialökonomischen Krisenerscheinungen ab (Verlangsamung des Wachstums, Verschärfung des Krisenzyklus, Währungskrisen, allgemeine Zunahme der Streikaktivität usw.). Die zyklische Krise von 1974/75 war dann die erste umfassende Krise auf der Ebene des kapitalistischen Weltmarktes nach dem Zweiten Weltkrieg. Seither kennzeichnet ein in der Periode der verschiedenen nationalen "Wirtschaftswunder" kaum noch für möglich gehaltenes Maß an Arbeitslosigkeit, Überkapazitäten und Konkursen die sozial-ökonomische Lage in den meisten entwickelten wie weniger entwickelten kapitalistischen Ländern. Zwar erholte sich die Produktion in den Jahren des zyklischen Aufschwungs 1976/77 vom Tiefstand der Jahre 1974/75 allgemein; aber die genannten Krisenphänomene hielten selbst im - freilich bescheidenen - Aufschwung an. Die gegenwärtig unter krisenhaften, kapitalistischen Bedingungen durchgeführte Automation wesentlicher Produktions- und Verwaltungsbereiche - vermittelt über den wissenschaftlich-technischen Fortschritt vor allem in der Computer- und Elektrotechnik - führt darüberhinaus zu einer ungeheuren, bereits jetzt einsetzen- den Vernichtung von Arbeitsplätzen. Die Automation entfacht neben dem Abbau von Arbeitsplätzen insbesondere auch einen Kampf im Bereich des Lohnes, der Bedingungen an den Arbeitsplätzen und der Qualifikationsstrukturen, deren erste Anfänge wir in den Tarifaueinandersetzungen im Frühjahr 1978 erlebt haben.

Nur berufsmäßige Optimisten des Systems wagen heute noch die Ernsthaftigkeit der Probleme der kapitalistischen Weltwirtschaft zu bestreiten. Dabei droht die bereits absehbare nächste Krise die Lage noch erheblich zu verschärfen. Selbst für die achziger Jahre werden überwiegend pessimistische Prognosen gestellt - vor allem was die Zunahme der Massenarbeitslosigkeit angeht.

Angesichts dieser für die weitere Entwicklung des Kapitalismus insgesamt bedrohlichen Situation wachsen naturgemäß auch die Versuche zur Überwindung der anhaltenden strukturellen Verwertungskrise des Kapitals. Dabei erweisen sich sowohl die "spontanen Selbstheilungskräfte" des Marktes als auch die inzwischen entwickelten staatlichen Steuerungs- und Regulierungsmechanismen als unfähig, die aktuellen Krisenerscheinungen und die zu befürchtende langfristige Stagnation zu beseitigen bzw. eine positive ökonomische Entwicklung einzuleiten.

In vieler Hinsicht erinnert die Situation an frühere Perioden in der Entwicklung des Kapitalismus - etwa an die große Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre oder an die "Große Depression" der 70er und 80er Jahre des 19. Jhd. In diesen relativ langen Perioden wurden die typischen Merkmale der zyklischen

Krise bzw. Depression mehr und mehr zu chronischen Erscheinungen, die schließlich nahezu alle Bereiche des Sozial-ökonomischen System durchdrangen, so daß man diese Perioden auch als Krisen- bzw. Depressionsphasen langfristiger Wachstumswellen ansehen kann. Ihre Überwindung gelang jeweils erst durch teils spontane, teils bewußte Veränderungen der grundlegenden Strukturmerkmale des in der vorangegangenen Wachstumsperiode vorherrschenden kapitalistischen Reproduktionsmechanismus. So findet man in der "Großen Depression" den allmählichen Übergang vom Kapitalismus - einer weitgehend freien Konkurrenz - zum System eines monopolistisch dominierten Kapitalismus und in der großen Weltwirtschaftskrise den Übergang zur unmittelbaren, dauerhaften und systematischen Intervention des Staates in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß des Kapitals.

Manches deutet darauf hin, daß sich in der gegenwärtig beginnenden längerfristigen Stagnationsperiode wiederum neuartige Kapitalstrukturen herauszubilden beginnen, die in ihrer sozial-ökonomischen und politischen Bedeutung durchaus jenen der genannten Perioden vergleichbar sind - man denke nur an die Entstehung der multinational operierenden Weltkonzerne, an die Versuche übernationaler wirtschaftlicher und politischer Integration usw..

Naturgemäß verlaufen solche langfristigen Krisen- und Umstrukturierungsprozesse nicht ohne ökonomische, soziale und politische Spannungen. Die Beschleunigung des Prozesses der Konzentration und Zentralisation des Kapitals geht einher mit zunehmender nationaler und internationaler Konkurrenz, Verstärkung der ungleichmäßigen Entwicklung zwischen den kapitalistischen Nationen und Regionen, dem Kampf um Rohstoff- und Energiequellen, wie um ökonomische und politische Markt- und Einflußsphären. Die Frage, welche Klassen, Schichten, Kapitalfraktionen oder Völker die Hauptlasten der Krisenbewältigung zu tragen haben, tritt mehr und mehr in den Brennpunkt der sozial-ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen zwischen den Klassen bzw. Völkern auf nationaler wie internationaler Ebene.

2.2. Die Ursachen der gegenwärtigen langfristigen Stagnationsperiode

Weltwirtschaftskrise und Zweiter Weltkrieg schufen mit der Herabsetzung des Lohnniveaus und der Lebensansprüche der arbeitenden Bevölkerung einerseits und mit der immensen Kapitalvernichtung andererseits günstige Voraussetzungen für eine langanhaltende Rekonstruktionskonjunktur nach dem Kriege. In den 50er Jahren und der ersten Hälfte der 60er Jahre erlebte das kapitalistische Weltwirtschaftssystem trotz politischer Rückschläge (Verlust an Macht und Einflußsphären in Osteuropa, Asien und Afrika) eine bis dahin fast beispiellose Wachstumsperiode. Die Produktion wuchs anfangs bedeutend rascher als das Reallohniveau der arbeitenden Massen, so daß das Kapital in überproportionalem Umfang answoll. Die be-

schleunigt akkumulierten Kapitalmassen stießen um die Mitte der 60er Jahre an physische und ökonomische Grenzen, die eine weitere Verwertung in dem gewohnten Umfang erschwerten und schließlich unmöglich machten. Die natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen an Naturschätzen und Arbeitskräften begannen sich in den Zentren des Kapitals, insbesondere in Westeuropa, allmählich zu erschöpfen. Die extensive Nutzung der Ressourcen mußte durch intensive Nutzung ersetzt werden, was größere Kapitalaufwendungen für gleiche Erträge und somit sinkende Kapitalrentabilität nach sich zog. Das bereits von Marx entdeckte Gesetz vom tendenziellen Fall der gesellschaftlichen Durchschnittsprofirate begann sich erneut gegenüber den in der vergangenen Rekonstruktionskonjunktur vorherrschenden entgegenwirkenden Kräfte durchzusetzen, wobei es den monopolistischen Großkonzernen vielfach gelingt, sich durch spezifisch ökonomische Mechanismen der allgemeinen Tendenz zu entziehen.

Entgegen Auffassungen der bürgerlichen Ökonomie ist das 'Monopol' dabei definiert als ein Resultat des kapitalistischen Akkumulationsprozesses, der mit der Entwicklung der Produktivkräfte zu einer immer stärkeren Vergesellschaftung der Produktion geführt hat. Die Verschärfung des Widerspruchs zwischen zunehmend gesellschaftlichen Produktivkräften und kapitalistischen Produktionsverhältnissen erzwingt entwickeltere, dem gewachsenen Umfang und Charakter der Produktivkräfte angepaßtere Formen kapitalistischen Eigentums: die Aktiengesellschaft, den "Trust" als "Vereinigung zum Zweck der Regulierung der Produktion" und schließlich das "Monopol" (Marx). Der systematische Verwertungsvorteil bestehender Monopole gegenüber anderen Einzelkapitalen - ausgedrückt im Monopolprofit, in der beherrschenden Marktstellung und der zur Verfügung stehenden ökonomischen und außerökonomischen Machtmittel - ist bedingt durch die dem Akkumulationsprozeß wesenseigene Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Während die Konzentration die Ausdehnung der individuell gegebenen Kapitale begrifflich faßt, charakterisiert die Zentralisation den Monopolisierungsprozeß: "Es ist Konzentration bereits gebildeter Kapitale, Aufhebung ihrer individuellen Selbständigkeit, Expropriation von Kapitalist durch Kapitalist, Verwandlung vieler kleineren in weniger größere Kapitale." (Marx) Die Akkumulation beschleunigt den Fall der Profirate, wenn mit ihr eine Erhöhung des Anteils des konstanten Kapitals einhergeht. Zugleich aber "beschleunigt der Fall der Profirate wieder die Konzentration des Kapitals und seine Zentralisation durch die Enteignung der kleineren Kapitalisten..." (Marx). Im Zuge der insgesamt krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus wird der einmal erworbene systematische Verwertungsvorteil der mächtigsten Einzelkapitale immer weiter gegenüber den nicht-monopolistischen ausgebaut (u.a. durch spezifische Formen der Kapitalentwertung; s.u.).

Die ersten noch sporadischen Anzeichen eines langfristigen Umschwungs der kapitalistischen Weltmarktkonjunktur traten in der zweiten Hälfte der 60er Jahre auf. Die akkumulierten

Kapitalmassen, die in den Zentren des Kapitals keine produktive Anlage fanden, in der sog. Dritten Welt aber gleichzeitig auf immer unsichere politische Verhältnisse trafen, suchten mehr und mehr spekulative Gewinnchancen und überschwemmten die internationalen Geld- und Kapitalmärkte. Überakkumulation, Spekulation, Inflation und Währungskrisen kennzeichnen die Jahre unmittelbar vor dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise von 1974/75. In dieser Situation brachte der politisch-ökonomische Gegenstoß der von der weltweiten Inflation am stärksten betroffenen rohstoff- und energieerzeugenden Länder den entscheidenden Umschwung. Durch schlagartige Preiserhöhungen und Verknappung des Angebotes gelang es zumindest den erdölerzeugenden Ländern, den seit Jahrzehnten betriebenen ungleichen Tausch mit den Industrieländern zu ihren Gunsten ein Ende zu setzen und damit gleichzeitig eine bedeutende Profitquelle des internationalen Kapitals zu rationieren.

2.3. Kapitalistische Methoden und Formen der Überwindung der langfristigen Stagnationsperiode und ihrer Widersprüche

Grundsätzlich gibt es zwei allgemeine Methoden zur Überwindung der anhaltenden Überakkumulationstendenz im Interesse des Kapitals, wengleich es auch Perioden geben kann, in denen die Stärke der Arbeiterbewegung eine völlige Abwälzung der Krisenlasten auf ihre Schultern verhindert: erstens Steigerung der (nationalen und internationalen) Ausbeutungsrate derart, daß eine gegebene Kapitalmasse eine steigende Mehrwertmasse realisiert, und zweitens Entwertung von Teilen des gesellschaftlichen Kapitals derart, daß eine gegebene Mehrwertmasse auf eine verringerte Kapitalmasse entfällt, deren Verwertungsgrad dadurch steigt. Durch Kombination beider Methoden trifft eine steigende gesellschaftliche Mehrwertmasse auf eine schrumpfende gesellschaftliche Kapitalmasse, wodurch sich der Verwertungsgrad des Kapitals beschleunigt erhöht. Freilich sind beide Methoden nicht widerspruchsfrei. Die Erhöhung der Ausbeutungsrate stößt durch die relative Reduzierung der Konsumgüternachfrage mittel- und langfristig an die Grenzen des Marktes, und die Kapitalentwertung steht im prinzipiellen Gegensatz zur Intention der Kapitalverwertung.

Die Versuche zur Steigerung der Ausbeutungsrate bestehen heute vor allem darin, die nominellen Lohnerhöhungen unter dem Wachstum des nominellen Sozialproduktes zu halten. Dies ist selbst bei der Existenz relativ mitgliederstarker Gewerkschaften dann möglich, wenn - wie etwa bei unserem Tarifvertragswesen - der Preis der Arbeitskraft für längere Zeiträume im voraus fixiert wird, während die Konsumgüterpreise prinzipiell jederzeit veränderbar sind. Darüberhinaus steigt die effektive gesellschaftliche Ausbeutungsrate auch dann, wenn die Steuerlastquote zu Ungunsten der Arbeitnehmer verändert wird, wie dies seit längerem gerade in der Bundesrepublik unverkennbar ist. Schließlich bildet die gerade mit der Einführung neuer Techniken verbundene Tendenz zur Intensivierung der Arbeitsprozesse ein zusätzliches Potential für die Steigerung der Ausbeutung.

Während die Erhöhung der Ausbeutungsrate die für das Kapital realisierbare gesellschaftliche Mehrwertmasse insgesamt vergrößert, betrifft die Methode der Kapitalentwertung nur die Verteilung des Mehrwertes auf die Einzelkapitale. Kapitalentwertung vermag daher nicht dem Fall der gesellschaftlichen Durchschnittsprofitrate entgegenzuwirken, wohl aber dem Fall der individuellen Profitrate monopolistischer Großkonzerne zugunsten der Masse der nicht monopolistischen Unternehmen. Die sich so entwickelnden Widersprüche treiben stets neue gesellschaftliche Formen der Kapitalentwertung hervor, von denen hier nur die wichtigsten genannt werden sollen: Herabdrückung der Profitrate nicht-monopolistischer Unternehmen zugunsten des monopolistischen Sektors durch Monopolpreise einerseits; Versuch der Überwindung der Akkumulationstendenz durch Kapitalexport, wodurch die gewinnsenkende Kapitalmasse im Inland reduziert wird; Ausdehnung der staatlichen Non-Profit-Produktion durch entsprechende Preis- und Tarifgestaltung bei Großunternehmen, staatliche Finanzierung von Forschung, Entwicklung und Produktion in privaten Großunternehmen, Inflation und dadurch Entwertung des Kapitals der Kleinsparer usw.

Das Ergebnis all dieser Prozesse ist in der gegenwärtigen Periode deutlich erkennbar: eine gespaltene Konjunktur der Kapitalverwertung. Selbst in der allgemeinen Krise bzw. Depression gelingt es der Mehrzahl der Großunternehmen, wachsende Profite zu realisieren, während die Masse der mittleren und kleineren Unternehmen an den Rand der Existenz getrieben wird und die Zahl der Konkurse seit mehreren Jahren stets neue Rekorde schlägt. Gerade in der Krise wächst die Macht der Großwirtschaft sprunghaft an, intensiviert sich ihr Einfluß in allen Bereichen der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse, einschließlich des Staatsapparates. Unter diesen Bedingungen stellt das System der staatsmonopolistischen Finanzierung und Regulierung der Produktion ein weitverzweigtes Netz struktureller Kapitalentwertung dar, dessen wesentlicher Zweck die Erhaltung bzw. weitere Steigerung der Monopolprofitrate ist - bei gleichzeitiger Berücksichtigung der Erfordernisse der Erhaltung des ökonomischen, sozialen und politischen Gesamtsystems.

2.4. Zur Funktion des Staates im heutigen Kapitalismus

Der Staat hat sich seitjeher als "Organisation, welche sich die bürgerliche Gesellschaft gibt, um die allgemeinen äußeren Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise aufrechtzuerhalten gegen Übergriffe sowohl der Arbeiter wie der einzelnen Kapitalisten" betätigt; er ist insofern "der ideelle Gesamtkapitalist. Je mehr Produktivkräfte er (jedoch) in sein Eigentum übernimmt, desto mehr wird er wirklicher Gesamtkapitalist." (Engels) Indem sich der Staat u.a. aufgrund der Konkurrenz der nationalen Kapitale untereinander nicht der Produktivkraftentwicklung entgegenstellen kann, muß er den Akkumulationsprozeß wesentlich als monopolistischen vorantreiben. Dies bedeutet allerdings nicht, daß sich Monopole

und Staat zu einer Einheit verschmolzen hätten. Der Charakter des gegenwärtigen Kapitalismus liegt vielmehr in einer umfassenden, jedoch gleichzeitig widersprüchlichen Verflechtung von Staat und Monopolen, wobei sich die ökonomischen Gesetze unter ständiger direkter und indirekter Einflußnahme des Staates verwirklichen: "Heute brauchen die kapitalistischen Monopole den Staat, nicht nur um eine ihnen passende soziale Ordnung aufrechtzuerhalten, sondern der beständigen Unterstützung auf ökonomischen Gebiet wegen." (CERES)

Aus sich heraus müssen gegen das Profitinteresse gerichtete staatliche Eingriffe immer wieder an der Macht der herrschenden Klasse und der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus scheitern. Ausschließlich die parlamentarische und außerparlamentarische Kampfstärke der Arbeiterbewegung und ihrer potentiellen Bündnispartner ermöglicht das Eintreten des relativ selbständigen Staates für ihre Interessen und seine demokratische Transformation: der Staat als "selbständige Macht hat zwar im großen und ganzen der Bewegung der Produktion zu folgen, reagiert aber auch, kraft der ihr innewohnenden, d.h. ihr einmal übertragenden und allmählich weiterentwickelten relativen Selbständigkeit, wiederum auf die Bedingungen und den Gang der Produktion. Es ist Wechselwirkung zweier ungleicher Kräfte, der ökonomischen Bewegung auf der einen, der nach möglichster Selbständigkeit strebenden und, weil einmal eingesetzten, auch mit Eigenbewegung begabten neuen politischen Macht." (Engels)

Deutliches Anzeichen der Krise kapitalistischer Produktionsverhältnisse ist die Notwendigkeit permanenter Staatseingriffe in den Reproduktionsprozeß des Kapitals. Dies tritt offen zutage in allen Bereichen, in denen die Entwicklung der Produktivkräfte und der Grad der Vergesellschaftung der Produktion soweit fortgeschritten ist, daß die kapitalistische, allein an der Logik des Profits orientierte Form der Produktion immer weniger möglich wird.

In dem Maße, wie solche Bereiche der Produktion nicht nur als "allgemeine Produktionsbedingungen" (Infrastrukturen), sondern auch als besondere Produktionszweige selbst sich unmittelbar kapitalistischer Anwendung entziehen bzw. auf wachsenden sind (z.B. Energieerzeugung vom Bergbau bis zum Kernkraftwerksbau, Luft- und Raumfahrtindustrie, Elektronik usw.), im Interesse der Kapitalverwertung in anderen Produktionszweigen aber notwendig vorhanden sein müssen und daher als staatlich entwertetes Kapital eine wichtige materiell-technische und ökonomische Funktion im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß spielen, wird die Basis der kapitalistischen Produktionsweise (das Prinzip des Privateigentums an den Produktionsmitteln) untergraben.

Im entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus bleiben diese Produktionsbereiche freilich nach wie vor dem Gesamtsystem der Profitproduktion untergeordnet. In ihnen wird näm-

lich keineswegs auf die Ausbeutung der dort beschäftigten Arbeiter, d.h. auf die Produktion von Mehrwert an sich verzichtet, sondern lediglich auf dessen Realisierung als Profit auf das staatliche Kapital. Der dort produzierte Mehrwert wird über spezifische Vermittlungsmechanismen (Sonder-tarife bzw. -preise für Großunternehmer, Auftragsvergabe an monopolistische Zulieferer, Kooperationsverträge usw.) in die unmittelbar kapitalistischen Produktionsbereiche transferiert und dort als Profit realisiert. Dieser "öffentliche" oder staatliche Sektor ist also mittelbar kapitalistisch (staatskapitalistisch), insofern er einerseits die allgemeinen Bedingungen der kapitalistischen Produktion herstellt und andererseits die durch die Entwicklung der Produktivkräfte (Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals) tendenziell bedrohte Profitrate für die monopolistischen Kapitale stabilisiert.

3. DER DEMOKRATISCHE WEG ZUM SOZIALISMUS IN DEN KAPITALISTISCHEN INDUSTRIELÄNDERN UND IN DER BRD

3.1. Das "Neue" einer solchen Strategie gegenüber den bisherigen Erfahrungen der Arbeiterbewegung

Die weltweite Krise der Länder mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung, deren Grundzüge im vorhergehenden Abschnitt skizziert wurden, hat die objektiven Bedingungen für einen zunehmenden Einfluß sozialistischer Alternativen verbessert. Selbst in den kapitalistischen Industriestaaten, die sich in den zurückliegenden Jahrzehnten den negativen Auswirkungen eines auf Ausbeutung und Profitmaximierung beruhenden Wirtschaftssystems teilweise entziehen konnten, haben Arbeitslosigkeit und Arbeitshetze, Inflation und die Ruinierung vieler bisher Selbständiger ein solches Ausmaß angenommen, daß sich die Notwendigkeit grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen der arbeitenden Bevölkerung immer von neuem und immer stärker aufdrängt.

Die von kapitalistischen Wirtschaftskrisen freie Entwicklung der sozialistischen Länder hat, trotz erheblichen Unzulänglichkeiten in der ökonomischen, sozialen und politischen Verfaßtheit dieser Länder, zur Herausbildung eines weltweit wirkenden Gegengewichts gegenüber den internationalen Vorherrschaftsbestrebungen einzelner kapitalistischer Länder und Monopolgruppen geführt.

Der wachsende Zwang zur friedlichen Koexistenz erhöht langfristig auch die Chancen für einen nicht-gewaltsamen, demokratischen Übergang zum Sozialismus im Inneren der kapitalistischen Industriestaaten. Einer größer werdenden Zahl von Nationen, der sogenannten Dritten Welt, ist es überdies gelungen, die erdrückende Abhängigkeit von den Hauptländern des Kapitalismus zu durchbrechen und sich einen eigenen sozialistischen Entwicklungsweg zu erkämpfen. Insgesamt wird es zunehmend schwieriger, die Widersprüche und Krisenerscheinungen in der Kapitalverwertung der fortgeschrittenen Länder im gleichen Umfang wie bisher auf die ausgeplünderten Massen der Dritten Welt abzuwälzen.

Aber nicht nur die äußeren objektiven Bedingungen haben in den zurückliegenden Jahren zu tendenziell günstigeren Kampfbedingungen für die Arbeiterbewegung der kapitalistischen Industrieländer geführt. Dem Einsatz der demokratisch und sozialistisch orientierten Kräfte, ihrem wachsenden Selbstbewußtsein und gesellschaftlichen Rückhalt sind darüber hinaus gerade in Westeuropa eine Reihe bedeutsamer Teilerfolge zu verdanken.

Erstmals seit mehr als einem halben Jahrhundert sind alle Staaten Europas von der Herrschaft faschistischer Regime befreit; die Linke hat sich gerade in den zuletzt befreiten Ländern eine starke Stellung sichern können. In zwei bedeutenden westeuropäischen Nationen, Frankreich und Italien, hat sich inzwischen die Position der klassenbewußten, anti-

kapitalistischen Kräfte der Arbeiterbewegung soweit verbessert, daß sich hier schon für die nächste Zukunft die Möglichkeit abzeichnet, tiefgreifende, ihrer Perspektive nach revolutionäre Strukturreformen einzuleiten. Es darf allerdings nicht übersehen werden, daß es gleichzeitig in anderen Ländern, wie besonders der Bundesrepublik, zu erfolgreichen Gegenoffensiven der herrschenden Klasse und zu einer deutlichen Verschiebung der politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse nach rechts gekommen ist. Dennoch wird man zusammenfassend davon ausgehen können, daß sich der demokratische Handlungsspielraum und die gesellschaftlichen Gestaltungsmöglichkeiten für fortschrittliche Positionen in den westeuropäischen Ländern im Ganzen gesehen erweitert haben.

Nicht minder bedeutsam als die Entwicklungstendenzen in den äußeren Kampfbedingungen sind jedoch die hiervon begünstigten Fortschritte in der Ausarbeitung, Konkretisierung und Weiterentwicklung einer systemüberwindenden sozialistischen Strategie einzuschätzen, die während des zurückliegenden Jahrzehntes von erheblichen Teilen der internationalen Arbeiterbewegung in Westeuropa vorgenommen werden konnten. Die Vorstellungen und strategischen Konzepte zur Bändigung und Überwindung der Macht der Großwirtschaft, zur Verwirklichung einer neuen, an den Bedürfnissen der arbeitenden Bevölkerung orientierten ökonomischen Logik, aber auch zum Aufbau direktdemokratischer und gewerkschaftlicher Gegenmachtpositionen, zur umfassenden demokratischen Transformation des Staates und der sonstigen gesellschaftlichen Bereiche, ebenso wie zur Garantie und inhaltlichen Entfaltung der individuellen und kollektiven Freiheitsrechte beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung - alle diese wesentlichen Teilaspekte jeder Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus sind heute in ihren Umrissen genauer bestimmbar und breiter zwischen den verschiedenen ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung konsensfähig, als dies in der Vergangenheit der Fall gewesen ist. Dabei hat sich auch erwiesen, daß die kritische Auseinandersetzung und Solidarität mit den Erfahrungen der sozialistischen Länder, die Anerkennung ihrer großen Aufbauenerfolge, wie das rückhaltlose Aufzeigen ihrer ungelösten Entwicklungsprobleme, nicht wenig dazu beigetragen hat, die Eigenständigkeit und hiervon in prinzipiellen Fragen abweichende Richtung der in den kapitalistischen Industrieländern einzuschlagenden Strategie herauszuarbeiten.

Naturgemäß gelten solche Feststellungen dort in besonderem Maße, wo sich die Linke, wie in Frankreich und Italien, aufgrund ihrer gesamtgesellschaftlichen Stellung bereits am stärksten mit der tatsächlichen Inangriffnahme dieser Probleme konfrontiert sieht. Hier sind auch die Mißerfolge und Rückschläge jener Strategie, wie sie beispielsweise im gewaltsamen Sturz der demokratischen Regierung Chiles unter Salvador Allende ihren Ausdruck gefunden haben, besonders gründlich berücksichtigt worden. Dessen ungeachtet enthalten solche Ausarbeitungen zu den Grundfragen des demokratischen Sozialismus und seiner Realisierung zugleich wesentliche An-

regungen und Impulse für die Linke anderer Länder, weil sie es ihr erlauben, die Ziele des eigenen Kampfes und die Methoden der Auseinandersetzung im eigenen Land bewußter und auf einem höheren Niveau festzulegen.

3.2. Demokratisierung der Wirtschaft als Kernbereich jeder sozialistischen Alternative

Im Mittelpunkt des Kampfes für grundlegende sozialistische Gesellschaftsveränderungen steht in allen kapitalistischen Ländern die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft. Sämtliche Ziele der Krisenbekämpfung, die Sicherung der Arbeitsplätze, akzeptable Arbeits- und Lebensbedingungen für alle Gruppen, Klassen und Schichten der Bevölkerung werden langfristig nur erreichbar sein, wenn der private Profit als das ausschlaggebende Steuerungs- und Regelungsprinzip des ökonomischen Prozesses beseitigt wird und an seine Stelle die verbindliche Orientierung der wirtschaftlichen Abläufe an den demokratisch ermittelten Bedürfnissen der Gesamtbevölkerung tritt. Die Erringung der politischen Macht, um die Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit an die Stelle jener der beherrschenden nationalen und internationalen Kapitalgruppen zu setzen, bleibt deshalb gerade in den kapitalistischen Industrieländern die zentrale, alle Teilerfolge in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen verknüpfende Aufgabe der Arbeiterbewegung.

3.2.1 Seit langem gehört es zu den gesicherten Erkenntnissen der internationalen Linken, daß es zur Durchsetzung einer solchen neuen ökonomischen Logik nicht notwendig, möglich oder auch nur sinnvoll ist, "in jedem Land sogleich alles zu expropriieren. Alles zu enteignen, würde bedeuten, daß sich die Arbeiterklasse mit Aufgaben belastet, die sie nicht schnell genug lösen kann. ... Die Aufgabe kann immer nur die sein, einige wichtige Produktionszweige zu vergesellschaften. Das wird in jedem Land anders sein. ... Gewisse Zweige der Produktion, Großbanken, die konzentrierte Industrie, Großgrundbesitz und gewisse Verkehrsmittel müssen in die Hände des Staates übergehen, der von der Arbeiterklasse beherrscht wird."

Diesen Leitgedanken formulierte der österreichische Sozialdemokrat und Marxist Otto Bauer bereits im Jahre 1926.

Wenn es deshalb für Sozialisten nicht darum geht, sämtliche Produktionsmittel zu vergesellschaften, so kommt doch alles darauf an, die Größe des unter direkter öffentlicher Kontrolle stehenden Wirtschaftssektors soweit auszugestalten, daß dieser auch tatsächlich in die Lage versetzt wird, eine entscheidend neue gesamtwirtschaftliche Steuerungsfunktion unter Durchbrechung des Profitprinzips zu verwirklichen. Den wichtigsten Gesichtspunkt für die Bestimmung des notwendigen Umfanges der öffentlichen Kontrolle zu unterwerfenden Unternehmen und Sektoren haben die französischen Genossen des CERES folgendermaßen ausgedrückt: "Jede beschränkte Konzeption

der Ausdehnung des öffentlichen Sektors gefährdet den Weg zum Sozialismus. Es gibt eine Schwelle der Nationalisierung, die man überschreiten muß, will man die Verantwortung für einen Rückfall nicht übernehmen. ... Entgegen den Behauptungen bürgerlicher Ökonomen wird ein ausgedehnter und mächtiger öffentlicher Sektor die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit stärken. Die nationalen Unternehmen werden das Instrument zur Anpassung der industriellen Strukturen an die internationale Konkurrenz sein, zur Aufrechterhaltung von prinzipiellen Entscheidungszentren in unserem Land, zur Orientierung des Produktionsapparates auf vorrangige Bedürfnisse des Volkes. Sie stellen das Kernstück einer sozialistischen Industriepolitik dar."

Die ökonomischen Strukturen des staatsmonopolistischen Kapitalismus haben sich in den einzelnen Industrieländern höchst unterschiedlich entwickelt. In den wirtschaftlich mächtigsten Staaten - darunter also auch der Bundesrepublik - befinden sich die meisten, ökonomisch ausschlaggebenden Schlüsselindustrien nach wie vor in der Gewalt einer handvoll national und international organisierter Monopole. Zwar gibt es auch hier einen an Ausmaß und Gewicht zunehmenden Wirtschaftssektor, der unter staatliche Regie gestellt ist, weil unternehmerische Mißwirtschaft oder aber ein zu hoher Anteil toten, in den Produktionsanlagen festgelegten Kapitals am jeweiligen Unternehmenskapital keinen der privaten "Wirtschaft" noch ausreichend erscheinenden Gewinn mehr erwarten lassen. Hinzu kommen vielfältige Formen kollektiven, nicht mehr ausschließlich der privaten Profitmaximierung unterworfenen Eigentums, so beispielsweise in den Unternehmen des gemeinwirtschaftlichen Bereichs, in den kommunalen Betrieben usw. Aber es besteht kein Zweifel, daß der öffentliche Sektor dem ökonomischen Gewicht der privaten Großkonzerne und Banken in diesen Ländern eindeutig unterlegen ist und deshalb in seiner gegenwärtigen Gestalt als Grundlage einer sozialistischen Industriepolitik ausscheidet. In diesen Ländern bleibt also die Forderung nach Nationalisierung und Vergesellschaftung der relevanten Schlüsselindustrien vorrangig, um überhaupt erst die entscheidende Voraussetzung für jede wirksame Demokratisierung der Wirtschaft zu schaffen.

In anderen staatsmonopolistisch organisierten Ländern, wie beispielsweise Italien, hat sich die langfristige Krise der privaten Kapitalverwertung inzwischen insoweit zugespitzt, daß nicht mehr private Kapitalisten, sondern bereits der in ihrem Interesse handelnde Staat den wichtigsten Teil der ökonomisch domonierenden Industrie- und Dienstleistungsunternehmen entweder selbst betreibt oder doch unmittelbar kontrolliert. Hier tritt an die Stelle der Forderung nach zusätzlichen Nationalisierungen jene, wie die Erfahrung zeigt, nicht weniger schwierig durchsetzbare nach einer grundlegenden Reorganisation des vorhandenen öffentlichen Wirtschaftssektors. Denn nur, wenn man die vielfach nach gänzlich willkürlichen Kriterien unter staatliche Regie gebrachten Unternehmen aus dem Dickicht miteinander konkurrierender öffentlicher Finanzholdings herauslöst und mit dem ebenfalls be-

reits weitgehenden verstaatlichten Bankwesen zu einem geschlossenen öffentlichen Wirtschaftssektor verschmilzt, läßt sich die notwendige Transparenz der Unternehmensentscheidungen erreichen, die ihrerseits erst die Einhaltung der öffentlichen Planungsvorgaben kontrollierbar sowie die Vergeudung volkswirtschaftlicher Ressourcen durch Mehrfachplanungen und die Entstehung von Überkapazitäten überflüssig macht.

Unabhängig davon, ob sich die Entmachtung der alten herrschenden Klasse nur durch die Nationalisierung der maßgeblichen Monopolgruppen oder durch die Beseitigung der Abhängigkeiten bisher nur formal verstaatlichter Unternehmen von privaten Kapitalinteressen zu vollziehen hat, die Schaffung eines autonomen, mit eindeutigem wirtschaftlichen Übergewicht ausgestatteten staatlichen Wirtschaftssektors, der sich an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit orientiert, bildet den entscheidenden Dreh- und Angelpunkt für die Verwirklichung der neuen ökonomischen Logik. Es gehört deshalb zu den vorrangigen strategischen Aufgaben der Arbeiterbewegung, genaue Vorstellungen über die Größe, die innere Struktur und die Funktionsweise des öffentlichen Wirtschaftssektors in jedem einzelnen Land zu entwickeln.

3. 2. 2 Neben die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien tritt als zweites wesentliches Element der Aufbau eines umfassenden Systems der demokratischen Planung. Seine Aufgabe besteht vor allem darin, in demokratischer Weise festzulegen, nach welchen Kriterien, wieviel und von wem bestimmte Güter und Dienstleistungen produziert und konsumiert werden sollen, wie es m.a.W. zu einer möglichst vollständigen Nutzung und Weiterentwicklung der vorhandenen wirtschaftlichen Ressourcen, entsprechend demokratisch ermitteltem Mehrheitswillen der Bevölkerung, kommt. Daraus ergibt sich eine doppelte Stoßrichtung demokratischer Wirtschaftsplanung mit sozialistischer Zielsetzung: Welche inhaltlichen Veränderungen der vorhandenen Produktions- und Konsumtionsstrukturen sind anzustreben, und welche Instrumente sind unter den gegebenen gesellschaftlichen und internationalen Bedingungen zu ihrer Durchsetzung zu schaffen?

Bezogen auf den ersten Gesichtspunkt lassen sich für die Gesamtheit der kapitalistischen Industrieländer nur einige allgemeine Aussagen treffen, weil der Zeitpunkt und die ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen die Arbeiterbewegung jeweils den Aufbau eines Systems der demokratischen Planung erzwingen kann, erheblich voneinander abweichen werden. Zu einem großen Teil werden sich die Anstrengungen und die erreichbaren Veränderungen der Wirtschaftsabläufe zunächst darauf konzentrieren müssen, die schlimmsten Mißstände und Verzerrungen der alten kapitalistischen Profitwirtschaft zu beseitigen oder doch zumindest konsequent abzubauen. Hierzu gehören beispielsweise die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, die Abschaffung aller Benachteiligungen von Frauenarbeit oder anderer dis-

kriminierter Gruppen von Lohnabhängigen, aber auch die beschleunigte Entwicklung ökonomisch zurückgebliebener und unterentwickelt gehaltener Regionen. Darüber hinaus muß die allgemeine Richtung demokratischer Planung dahin gehen, die Produktivkraft der menschlichen Arbeit durch Förderung der jeweils fortgeschrittensten technischen Lösung zu verbessern. Vorrangig sind weiter die Erhöhung der Aufwendungen für die Ausbildung der Arbeitskräfte (Ausbildung der Jugend, Weiterbildung oder Umschulung der Erwachsenen) sowie für die nichtproduktiven Bereiche innerhalb und außerhalb der materiellen Produktion (z.B. für Forschungszwecke und für das Bildungswesen). Schließlich werden der Schutz von Umwelt und natürlichen Lebensbedingungen, aber auch die gesellschaftlichen und kulturellen Einrichtungen, vom Gesundheitswesen bis hin zum Freizeitbereich und zur Entfaltung künstlerischer Ausdrucksmöglichkeiten, eine unter vergleichbaren kapitalistischen Bedingungen unbekannte Förderung erhalten.

Unter dem Gesichtspunkt der gesamtwirtschaftlichen Durchsetzung der Planungsziele kommt es zunächst einmal darauf an, auf allen Ebenen des Staates, von der Gemeinde bis zum Nationalstaat, dafür zu sorgen, daß die demokratisch gewählten Volksvertretungen, d.h. in erster Linie die jeweiligen Parlamente, tatsächlich zu den wirklichen "Herren der Planung" werden. Dabei wird das Aufgreifen und Verarbeiten von Vorschlägen der demokratischen Interessenverbände, d.h. in erster Linie der Gewerkschaften, aber auch von Verbraucherverbänden und Wissenschaftsorganisationen bis hin zu Bürgerinitiativen und anderen Formen direkt vorgebrachter Einzelinteressen von Bevölkerungsgruppen, eine besondere Bedeutung erlangen. Welche Veränderungen hierfür gegenüber den vorhandenen staatlichen Strukturen vorzunehmen sind (Öffnung des Staates für eine möglichst direkte Beteiligung und Einflußnahme der Bevölkerung, Aufbau einer realen Planungs- und Leitungskompetenz des transformierten Staates gegenüber der Wirtschaft) ist im folgenden Abschnitt näher zu erläutern. Im Hinblick auf die Demokratisierung der Wirtschaft geht es vor allem darum, daß die gesamtgesellschaftlich legitimierten Entscheidungsträger des Staates verbindliche Planungsvorgaben für den nationalisierten Wirtschaftssektor ausarbeiten, und daß sie mit Hilfe des staatlichen Bankwesens, der Steuer-, Subventions- und Kreditpolitik usw. über hinreichende Machtinstrumente verfügen, um die noch privatkapitalistisch betriebenen Wirtschaftsbereiche zu einem planungskonformen Verhalten innerhalb des ihnen belassenen ökonomischen Spielraumes zu bewegen. Von großer Bedeutung wird schließlich die Bewahrung oder Wiederherstellung einer genügend großen nationalen Wirtschaftsunabhängigkeit sein (Ausgleich der Zahlungs- und Handelsbilanz; Maßnahmen gegen Kapitalflucht; Einbeziehung der Tochtergesellschaften ausländischer Konzerne in die Bestimmungen der demokratischen Wirtschaftsplanung), um Interventionen und Erpressungsversuche von seiten ausländischer Kapitalinteressen abzuwehren.

3.2.3 Ein drittes Element der neuen ökonomischen Logik auf dem Wege zu einer sozialistischen Wirtschaftsordnung bildet die Realisierung uneingeschränkter Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Lohnabhängigen in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen. Bedeutet die Schaffung eines beherrschenden öffentlichen Wirtschaftssektors die unabdingbare Grundlage, der Aufbau eines Systems der demokratischen Planung die inhaltliche Umsetzung der gesamtgesellschaftlichen Interessen an einer grundlegenden Demokratisierung der Wirtschaft, so berücksichtigt erst die Verwirklichung der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte das unmittelbare Interesse der betroffenen Lohnabhängigen an einer derartig einschneidenden Veränderung der Wirtschaftsabläufe, wie sie die neue ökonomische Logik anstrebt. Die Formen, unter denen die Arbeiterbewegung und vor allem ihre Gewerkschaften in den einzelnen kapitalistischen Industrieländern für die Verwirklichung von Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle eintreten, sind bis heute äußerst unterschiedlich. Teilweise überwiegt die Forderung nach institutionalisierten Mitbestimmungsregelungen, wie in der Bundesrepublik; teilweise werden in bewußter Ablehnung solcher Regelungen direkte Eingriffsrechte der Gewerkschaften durch tarifliche Abkommen verlangt, so in Italien, Frankreich oder Großbritannien.

Unabhängig von diesen Differenzen lassen sich jedoch in der Perspektive einer demokratisierten Wirtschaft verschiedene gemeinsame Prinzipien der gewerkschaftlichen Kontroll- und Mitbestimmungsforderungen ausmachen. Grundsätzlich müssen solche Gegenmachtpositionen der Lohnabhängigen alle Ebenen des Wirtschaftsprozesses, vom Arbeitsplatz über den Betrieb und das Unternehmen bis zur gesamtwirtschaftlichen Ebene, umfassen; sie sind in ihrem Anwendungsbereich nach dem Prinzip der "gläsernen Taschen" auf sämtliche Aspekte der gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsprozesse, von der betrieblichen Arbeitsorganisation bis hin zu den langfristigen Investitionsplanungen der Unternehmen auszudehnen; sie müssen die gewerkschaftliche Autonomie unangetastet lassen, d.h. sie dürfen die Gewerkschaften nicht durch Einbindung ihrer Vertreter in die jeweiligen Entscheidungsgremien oder andere Rechtsvorschriften daran hindern, die Interessen ihrer Mitglieder im Konfliktfall auch mit dem Mittel des Arbeitskampfes zu vertreten.

Erst wenn es gelingt, alle drei wesentlichen Prinzipien zur Demokratisierung der Wirtschaft in die Tat umzusetzen, wird die Arbeiterbewegung den Weg zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern öffnen können.

3.3. Grundlegende demokratische Transformation des Staates

Bildet die Demokratisierung der Wirtschaft die zentrale Aufgabe der Arbeiterbewegung, so liefert ihr dazu die Erringung der politischen Macht das entscheidende Instrument. Für Sozialisten, gleich welcher parteipolitischen Orientierung, hatte daher seit jeher die Frage, wie sich der Staat aus einem Herrschaftsinstrument der jeweils dominierenden Kapital-

gruppen in ein entsprechend wirksames Hilfsmittel bei der Errichtung der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung verwandeln ließe, zu den wichtigsten Gegenständen ihrer theoretischen und strategischen Überlegungen gehört. Die enorme Ausweitung der staatlichen Tätigkeit, die in den zurückliegenden Jahrzehnten - nicht zuletzt als Teilzugeständnis gegenüber den Forderungen der Arbeiterbewegung - immer wieder als ein systemimmanenter Ausweg zur Regulierung, Verlagerung und Abwälzung von sonst unerträglichen Widersprüchen der privaten Kapitalverwertung eingesetzt wurde, hat dieses Problem nur noch dringlicher werden lassen.

Die Rolle des Staates in den kapitalistischen Industrieländern ist durch einen scheinbar unaufhebbaren Gegensatz gekennzeichnet. Einerseits ist es den demokratischen Kräften, vor allem den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiterbewegung, in den meisten Ländern gelungen, die Existenz politischer, individueller und kollektiver Freiheitsrechte und den Anspruch auf demokratische Legitimation aller staatlichen Entscheidungen durchzusetzen und gegen die Widerstände der herrschenden Klasse zu behaupten.

Andererseits beweisen die Analyse der Staatsfunktionen und die zusammenfassende Einschätzung der Ergebnisse staatlicher Aktivitäten in diesen Ländern immer von neuem, daß sich damit an der Tauglichkeit des Staates zur Absicherung der Profitwirtschaft noch nichts geändert hat. Oft hat es sogar den Anschein, als ließen sich die demokratische Verfassung des Staates und seine Funktionalisierung im Interesse der Monopole bruchlos miteinander vereinbaren. Das hat dann vielfach zu der irrtümlichen Auffassung geführt, daß die Veränderbarkeit des Staates auf demokratischem Wege prinzipiell ausgeschlossen sei.

Demgegenüber ergeben sich für Sozialisten aus dem genannten Gegensatz zwei wesentliche Schlußfolgerungen. Zum einen kann es nicht genügen, über allgemeine Wahlen in den Besitz der Regierungsgewalt zu gelangen. Setzt man nicht eben diese Regierungsgewalt zur grundlegenden Demokratisierung der Wirtschaft und zur Entmachtung der privaten Monopolinteressen nach einem genau umrissenen, von der großen Bevölkerungsmehrheit bewußt unterstützten Programm ein, dann behält der Staat seine der herrschenden Klasse dienende Funktion, und die an seiner Verwaltung beteiligten Parteien der Linken geraten notwendig in einen unaufhebbaren Gegensatz zu den objektiven Interessen der Arbeiterbewegung. Zum zweiten aber ist das Beste, von der breitesten Bevölkerungsunterstützung getragene Programm zur Wirtschaftsdemokratisierung dann unzureichend, wenn es nicht in eine ebenso konsequente Strategie zur Transformation des Staates einbezogen wird. Gerade weil die Rolle und der Aufgabenbereich des Staates immer wieder den veränderten Anforderungen der Kapitalentwicklung angepaßt wurden (wobei schon immer ein gewisses Eigengewicht der Staatstätigkeit zum Ausgleich gegensätzlicher Klasseninteressen bestand), kann die Arbeiterbewegung nicht erwarten, den kapitalistischen Staat, so wie sie ihn vorfindet, als Instrument der sozialen Emanzipation einsetzen zu können.

Die wichtigsten Prinzipien zur demokratischen Transformation des Staates ergeben sich bereits aus einer Weiterentwicklung der Methoden und Kampfformen, unter denen die Organisationen der Arbeiterbewegung überhaupt zur politischen Macht in den kapitalistischen Industrieländern gelangen können. Konstitutiv ist die Gewährleistung umfassender demokratischer Artikulationsmöglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen, Organisationen und politischen Parteien, die bereit sind, die Methoden demokratischer Auseinandersetzung und Mehrheitsbildung als verbindliche Form zur Verwirklichung ihrer sozialen, kulturellen und politischen Zielsetzungen anzuerkennen. Da die arbeitende Bevölkerung zur Entwicklung eines klaren Bewußtseins ihrer eigenen Interessen unabdingbar auf freie Meinungsäußerung, Presse-, Versammlungs- und Informationsfreiheit, ebenso wie auf die Nutzung der übrigen demokratischen Grundrechte angewiesen ist, muß von jeder linken Regierung und ihren Repräsentanten das aktive Eintreten für den Ausbau dieser Rechte verlangt werden. Oder - wie es die Genossen des CERES ausdrücken -: "Der Übergangsstaat wird also mit dem Siegel des Pluralismus und des gewissenhaften Respektes der Freiheiten versehen sein."

An anderer Stelle fassen sie einen weiteren Grundsatz der demokratischen Transformation des Staates folgendermaßen zusammen: "Für uns stellt es eine Voraussetzung dar, die Selbstverwaltung der öffentlichen Funktionen einzuleiten. Eine starke Dezentralisierung, die direkte Ausübung der Verantwortlichkeit durch die Bürger und die Kontrolle des Staatsapparates durch die Massen und ihre Organisationen sollen erlauben, den Widerspruch zwischen der Macht und der Erfüllung der Demokratie zu überwinden."

Während die staatlichen Strukturen im heutigen Kapitalismus durch wachsende Konzentration der politischen Macht, Verbürokratisierung und das Überhandnehmen antidemokratischer Tendenzen gekennzeichnet sind, muß sich das Interesse der Linken gerade auf eine größtmögliche Öffnung aller Ebenen und Bereiche des Staates für demokratische Initiativen der Bevölkerung richten. Dabei wird es darauf ankommen, neben den parlamentarischen Versammlungen als Entscheidungsgremien in den Gemeinden, Regionen oder auf gesamtstaatlicher Ebene ein Höchstmaß an direkt-demokratischer Beteiligung durch Einbeziehung von Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Stadtteilträten usw. zu erreichen. Je mehr die Funktionen des erneuerten Staates sinnvoll dezentralisiert, den jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen nahegebracht, ihnen gegenüber in den Entscheidungsabläufen transparent und ihren Veränderungswünschen zugänglich gemacht werden, desto stärker wird sich die Bereitschaft zur Unterstützung staatlicher Maßnahmen auch gegen die unausbleiblichen Widerstände und Erpressungsversuche von seiten der alten herrschenden Klasse entwickeln.

Ein dritter Grundsatz demokratischer Umgestaltung des Staates muß sich darauf richten, die Entscheidungen der am stärksten demokratisch legitimierten Staatsorgane, d.h. wiederum in besonderer Weise der Parlamente, gegenüber allen Abteilungen

der staatlichen Maschinerie zur verbindlich befolgten Handlungsanweisung werden zu lassen. Vorrangig ist deshalb, dafür zu sorgen, daß die militärischen und repressiven Apparate des Staates, von den Streitkräften über die Polizei bis zu den Geheimdiensten, einer umfassenden demokratischen Kontrolle unterstellt werden. Das schließt die innere Demokratisierung dieser Bereiche, die gewerkschaftliche Organisation und die Verwirklichung neuer Mitbestimmungsrechte der hier Beschäftigten nicht aus, sondern erfordert sie sogar; aber es muß gegenüber allen, unter staatsmonopolistischen Bedingungen systematisch begünstigten Absonderungstendenzen und der Verbreitung ständisch-reaktionärer Auffassungen in diesen Bereichen sichergestellt werden, daß gerade diese Teile des Staatsapparates jedem Anschlag auf die Demokratie entgegenreten.

Ein weiterer Grundsatz der Demokratisierung des Staates besteht darin, die Einrichtungen zur Informationsverbreitung und Meinungsbildung, Massenmedien - wie Presse, Rundfunk und Fernsehen - aber auch die Institutionen der Wissenschaft und des Bildungswesens in die demokratische Kontrolle einzubeziehen. Auch hier geht es darum, zunächst einmal die äusseren Bedingungen dafür zu schaffen, daß sich die reale Vielfalt der in der Gesellschaft vertretenen Positionen und Auffassungen (unter Einschluß ihres Ringens untereinander um den jeweils dominierenden Einfluß) ungehindert und prinzipiell gleichberechtigt in den verschiedenen Einrichtungen Gehör verschaffen kann. Denn nur auf einer solchen Grundlage wird die Öffnung des Staates für die gesellschaftlichen Kräfte zu einer bewußten Inbesitznahme durch die große Mehrheit der Bevölkerung führen. Daneben aber kommt es darauf an, den in diesen Einrichtungen Tätigen, von den Künstlern und Journalisten bis zu den Lehrern, Wissenschaftlern und Studenten, weitreichende Mitbestimmungs- und Autonomierechte einzuräumen, um sie als aktive Träger und Multiplikatoren des Demokratisierungsprozesses im Staatsapparat zu gewinnen.

Der Verknüpfung aller dieser nur beispielhaft benannten Elemente zur demokratischen Durchdringung und Transformation des Staates wird ein wesentlicher Anteil an den Realisierungschancen des demokratischen Weges zum Sozialismus in den kapitalistischen Industrieländern zufallen.

3.4. Strategische Bedingungen zur Einleitung des demokratischen Weges zum Sozialismus

Mit der Demokratisierung der Wirtschaft und der demokratischen Transformation des Staates wurden bisher die beiden wichtigsten politischen Zielsetzungen der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Industrieländern skizziert. Ihre Beschreibung zieht notwendig die Frage nach sich, welche Bedingungen vorhanden sein und geschaffen werden müssen, um mit ihrer Verwirklichung beginnen zu können. Zwar gilt für die Analyse solcher Bedingungen erst recht, was schon bei der

Darstellung der Zielsetzungen herausgearbeitet wurde, daß nämlich ihre genaue Bestimmung nur im Zusammenhang und unter ständiger Berücksichtigung der jeweiligen nationalen Besonderheiten der Klassenauseinandersetzungen, ihrer spezifischen Traditionen und Entwicklungsrichtungen erfolgen kann. Dennoch lassen sich zumindest eine Reihe von allgemeinen Voraussetzungen benennen, ohne deren Realisierung das Beschreiten des demokratischen Weges zum Sozialismus schwerlich denkbar sein wird.

Zu den unverzichtbaren strategischen Grundbedingungen für die Bewältigung der sozialen Umwälzung in der Demokratie in den kapitalistischen Industrieländern gehört zunächst einmal das möglichst geschlossene politische und gewerkschaftliche Handeln der Arbeiterbewegung im Sinne ihrer objektiven gesellschaftlichen Interessen. Angesichts der höchst unterschiedlichen Kräfteverhältnisse in den einzelnen Ländern, zwischen den antagonistischen Klassen und ihren jeweiligen Anhängern, aber auch innerhalb der organisierten Linken, zerfällt die Orientierung und das Eintreten für das Ziel einer solchen Klassenbewußten Geschlossenheit der Arbeiterbewegung wiederum in gänzlich verschiedene aktuelle Aufgabenbereiche. In dem einen ist die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung in konkurrierende Richtungsgewerkschaften vorrangig zu überwinden; in anderen Ländern stellt die politische Spaltung der Linken in sozialdemokratische bzw. sozialistische und in kommunistische Parteien mit Masseneinfluß primär die Aufgabe, ohne Verwischung der ideologischen Differenzen zu einer tragfähigen Übereinkunft zwischen allen relevanten Teilen der Linken zu gelangen. In dritten Ländern schließlich geht es zu allererst darum, den Rückhalt klassenbewußter marxistischer Positionen im Rahmen der ihrer gesellschaftlichen Verankerung nach bei weitem bedeutsamsten Organisationen, Parteien und Gewerkschaften zu verstärken.

So sehr sich in solchen Differenzen der überaus unterschiedliche Entwicklungsgrad des Klassenbewußtseins der jeweiligen Arbeiterbewegung widerspiegelt, so wenig vermag dieser Umstand etwas daran zu ändern, daß erst von einer Arbeiterklasse, die sich in ihrer großen Mehrheit ihrer gemeinsamen antikapitalistischen Interessen bewußt wird und danach zu handeln versteht, jene gewaltige systemüberwindende Kraft ausgehen kann, die zum Aufbau des demokratischen Sozialismus notwendig ist.

Dabei erfordert das geschlossene Handeln der Arbeiterbewegung weder den Zusammenschluß in einer einheitlichen politischen Organisation noch eine Beschränkung der Vielfalt weltanschaulicher Strömungen in ihren Reihen. Ebenso wenig bedarf es zwingend eines zahlenmäßigen Übergewichtes der ihrerseits in verschiedenen linken Parteien organisierten Vertreter sozialistischer, marxistischer Positionen gegenüber den Anhängern reformistischer, an ethisch-sozialistischen oder religiösen Zielvorstellungen orientierten Auffassungen. Notwendig ist allerdings die in der politischen Praxis zu realisierende Überwindung antikommunistischer und sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen; sie erst erlaubt es, im täglichen

ökonomischen und politischen Kampf eine solche Geschlossenheit auf der Grundlage verschiedenster weltanschaulicher Überzeugungen zu erreichen, wie sie einerseits benötigt wird, um Millionen Lohnabhängiger für die aktive Teilnahme an der Entwicklung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen zu gewinnen, und wie sie gleichzeitig wichtigste Bedingung dafür ist, um den erforderlichen sozialen Druck für die bewußte Orientierung auf die Einleitung systemüberwindender Maßnahmen zu schaffen.

Eine weitere Voraussetzung für das Vorankommen sozialistischer Transformationsprozesse auf friedlichem nicht-gewalt-samen Wege besteht in der Fähigkeit der Arbeiterbewegung, für die Ausarbeitung ihrer eigenen gesellschaftlichen Alternativen auch die Zustimmung anderer, in ihren objektiven Interessen nicht an das private Großkapital gebundenen Klassen und Schichten zu erreichen. Zwar ist der quantitative Umfang der weder zur Arbeiterklasse noch zum Großbürgertum zählenden Schichten, von den selbständigen und lohnabhängigen Mittelschichten bis hin zum kleinen und mittleren Unternehmertum, selbst in den entwickelten kapitalistischen Industriestaaten stark voneinander abweichend; dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß ihre Angehörigen insgesamt eine unverzichtbare Funktion im bestehenden System der gesellschaftlichen Arbeitsteilung ausüben. Entsprechend negativ müßte sich eine geschlossene oder auch nur überwiegende Orientierung dieser Bevölkerungsgruppen an reaktionären Zielsetzungen auswirken. Dagegen wird die Arbeiterbewegung im Ringen um die Verwirklichung ihrer sozialistischen Zielvorstellungen darauf angewiesen sein, unter den übrigen Schichten der arbeitenden Bevölkerung Verbündete für ihre grundsätzlichen Forderungen zur Demokratisierung der Wirtschaft und zur Transformation des Staates zu gewinnen.

Anknüpfungspunkte hierfür werden sich um so eher ergeben, als die ökonomische Krise und deren Bewältigung im Kapitalinteresse erheblichen Teilen dieser Bevölkerungsgruppen massive Opfer abverlangt und sie mit der Notwendigkeit grundlegender Alternativen im Bündnis mit der Arbeiterbewegung konfrontiert. Dabei wäre es falsch, das Erfordernis einer die Arbeiterbewegung übergreifenden Bündnispolitik zur Entmachtung der Monopole gegen die ebenso unabdingbare Notwendigkeit des geschlossenen Handelns der Arbeiterbewegung auszuspielen, etwa in dem Sinne, daß es für die sozialistischen Kräfte zunächst nur darum gehe, für das Letztere einzutreten, weil sich die Aufgabe einer weitergehenden Bündnispolitik erst daran anschließend stelle.

Stattdessen müssen gerade die klassenbewußten, marxistisch orientierten Teile der Linken darauf hinwirken, daß beispielsweise in Fragen der Krisenbekämpfung, der Sicherung der Arbeitsplätze usw. die gemeinsamen Interessen aller Schichten der arbeitenden Bevölkerung an der gesamtwirtschaftlichen Durchbrechung des Profitprinzips entsprechend herausgestellt werden. Zwar werden sich aus der unterschiedlichen Funktion der Arbeiterorganisationen auch verschiedene Arbeitsschwerpunkte ergeben, die etwa für die Gewerkschaften stärker

als für die politischen Parteien der Linken die ausschließliche Vertretung der unmittelbaren ökonomischen und sozialen Interessen der Lohnabhängigen in den Vordergrund rücken(wozu nicht zuletzt die Autonomie der Gewerkschaften gegenüber zu weitgehenden Einbindungs- und Kompromißbestrebungen der linken Parteien gehört). Grundsätzlich aber wird sich kein Teil der Arbeiterbewegung dem prinzipiellen Erfordernis einer über die Reihen der Arbeiterklasse hinausreichenden Bündnispolitik entziehen können.

Ebenso wenig wie sich das Eintreten für die klassenbewußte Geschlossenheit der Arbeiterbewegung und die Notwendigkeit einer breit verankerten Bündnispolitik der Linken schematisch voneinander trennen lassen, ebenso wenig kann der Kampf für die grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung von dem Einsatz für die kurzfristigen, schon im Rahmen des bestehenden Systems zu realisierenden Verbesserungen und Reformen im Interesse der Lohnabhängigen losgelöst werden. Im Gegenteil:

Das Bewußtsein und die Bereitschaft zur Unterstützung revolutionärer Gesellschaftsveränderungen werden nur in dem Maße zunehmen, in dem es den Anhängern solcher Lösungen gelingt, sich das Ringen um die Verwirklichung der unmittelbaren politischen, ökonomischen und sozialen Arbeitnehmerinteressen überzeugend zu eigen zu machen, zugleich aber deren Unvereinbarkeit mit der Grundausrichtung des vorhandenen staatsmonopolistischen Systems und ihre Einbeziehung in die sozialistischen Alternativvorstellungen aufzuzeigen. Eine weitere Bedingung, um die politischen Kräfteverhältnisse soweit zugunsten der Linken zu verändern, daß der Aufbau des demokratischen Sozialismus eingeleitet werden kann, besteht deshalb darin, in allen gesellschaftlichen Bereichen umfassend auf die Formulierung der Interessen der arbeitenden Bevölkerung hinzuwirken, demokratische Verhältnisse zu ihrer Geltendmachung herzustellen und zu verteidigen und damit schließlich zu einer immer stärkeren Isolierung der am Profitsystem festhaltenden Kräfte zu gelangen. Die Wahrung und der Ausbau demokratischer Kampfbedingungen erhalten in diesem Zusammenhang ihre strategische Bedeutung als die allein akzeptable Form der Austragung von Klassenauseinandersetzungen, aber auch als Vorwegnahme grundlegender Strukturprinzipien der neuen sozialistischen Gesellschaftsordnung.

Wachsendes Gewicht für die Realisierbarkeit des demokratischen Weges zum Sozialismus gewinnt schließlich in allen kapitalistischen Industrieländern die internationale Absicherung systemüberwindender Maßnahmen. Angesichts des erreichten Standes der Produktivkraftentwicklung und der monopolbestimmten internationalen Kapitalverflechtung wird ein isoliertes Vorgehen der Linken nur in einem dieser Länder immer schwieriger; immer leichter kann sich die jeweils herrschende Klasse gegen Offensiven der Arbeiterbewegung auf den Gegendruck der internationalen Reaktion stützen. Dennoch wäre es unsinnig, den Kampf um sozialistische Alternativen erst dann in Angriff zu nehmen, wenn hierfür die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen in sämtlichen Ländern herangereift sind. Das hieße nichts anderes, als dem Land mit den ungünstigsten Kräfteverhältnissen für die Arbeiterbewegung freiwillig die Kontrolle und gegebenenfalls Blockierung

revolutionärer Prozesse in den übrigen Staaten zu überlassen. Stattdessen ist es für die fortschrittlichen Kräfte in jedem einzelnen Land vorrangig, zum einen jenes Maß an unverzichtbarer nationaler Autonomie gerade auch auf wirtschafts-politischem Gebiet zu behaupten oder wiederzugewinnen, das notwendig ist, um die entscheidenden gesellschaftlichen Umstrukturierungen im eigenen Land einleiten zu können. Zum anderen aber kommt es vor allem in den westeuropäischen Ländern verstärkt darauf an, neue Formen der internationalen Solidarität, der Einbeziehung internationaler Unterstützungsaktionen in die nationalen Klassenauseinandersetzungen und einer möglichst umfassenden Mobilisierung gegenüber Einmischungsversuchen der jeweiligen herrschenden Klasse in dritten Ländern zu entwickeln.

3.5. Besonderheiten der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in der BRD

3.5.1. Nach der Niederlage des Faschismus konsolidierte sich innerhalb kürzester Zeit aufgrund der Schwäche der Arbeiterbewegung und mit Hilfe der westlichen Alliierten die bürgerliche Herrschaft neu. Entsprachen die meisten Länderverfassungen in ihren Forderungen nach Sozialisierung der Schlüsselindustrien und der Bodenschätze dem in den ersten Nachkriegsjahren noch weitgehend ungebrochenen Bewußtsein von dem engen Zusammenhang von Faschismus und Kapitalismus, so entsprach das Grundgesetz schon sehr viel stärker der Wiedererrichtung der bürgerlichen Herrschaft. Das Grundgesetz bleibt vor allem in der Frage der Eigentumsordnung hinter den Länderverfassungen zurück, indem es nur noch die formelle Möglichkeit einräumt, zu gemeinwirtschaftlichen Produktionsformen überzugehen. Gleichfalls wird der Arbeiterbewegung durch die Garantie der Vereinigungs- und Meinungsfreiheit ein Aktionsspielraum innerhalb der Gesellschaft zugestanden. Die Frage der Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung ist ausdrücklich offen gelassen, der Übergang zum Sozialismus mit der Verfassungsordnung für vereinbar angesehen. Das Grundgesetz stellt, dem damaligen Stand der Klassenauseinandersetzungen entsprechend, einen Kompromiß dar. Es steht wie schon die Weimarer Verfassung und die aller anderen hochentwickelten kapitalistischen Länder in dem Grundwiderspruch, der darin besteht, daß sie "die Klassen, deren gesellschaftliche Sklaverei sie vereinigen soll, Proletariat, Bauern, Kleinbürger, durch das allgemeine Stimmrecht in den Besitz der politischen Macht setzt. Und der Klasse, deren alte gesellschaftliche Macht sie sanktioniert, der Bourgeoisie, entzieht sie die politischen Garantien dieser Macht. Sie zwingt ihre politische Herrschaft in demokratische Bedingungen, die jeden Augenblick den feindlichen Klassen zum Sieg verhelfen und die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft selbst in Frage stellen."

Zur Begegnung dieser Gefahr, die für die Herrschenden konkret darin besteht, daß mittels der über die parlamentarischen Gremien wirksamen Macht der Arbeiterbewegung auch die gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse in Frage ge-

stellt werden können, wurde der Kompromiß des Grundgesetzes aufzuheben versucht, indem zum einen die Aktionsspielräume der Arbeiterbewegung durch Rechtsprechung und Gesetzgebung restriktiv ausgelegt und teilweise sogar aufgehoben wurden. Zum anderen wurde und wird versucht, durch die Konstruktion einer Identität von Verfassung und kapitalistischer Gesellschaftsordnung alle auf eine grundlegende Veränderung gerichteten Aktivitäten außerhalb der demokratischen Grundordnung zu stellen. Möglich wurde diese Revision des Grundgesetzkompromisses durch die relativ schnelle und reibungslose Neuetaблиerung der bürgerlichen Herrschaft, die in der Justiz und der akademischen Rechtswissenschaft ihren Ausdruck in der fast vollständigen Übernahme der schon im Nationalsozialismus aktiven Richter und Professoren fand.

Schon 1952 wurde im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um das Betriebsverfassungsgesetz den Gewerkschaften eines ihrer wichtigsten Kampfmittel, der politische Streik, bestritten.

Als inadäquater Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb wurde er illegalisiert. Durch die These des Bundesgerichtshofes aus dem Angenfort-Urteil von 1955, daß der Streik an sich verbotenes Gewaltmittel sei und nur in Sonderfällen, wo nämlich die Rechtsordnung ihn ausdrücklich zuläßt, angewandt werden kann, wurde der politische Streik schließlich in die Nähe des Hochverrats gebracht. Durch die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts von 1958 wurden die gewerkschaftlichen Kampfmittel weiter eingeschränkt, indem die Urabstimmung über den Streik als mögliche Verletzung der gewerkschaftlichen Friedenpflicht und damit als Schadensersatzpflichtig angesehen wurde. Auf der Ebene der Rechtswissenschaft wurde parallel dazu eines der Kernelemente der Verfassung, die Sozialstaatsklausel, ausgehöhlt. Die Sozialstaatsklausel gehört zum wesentlichen Inhalt des Verfassungskompromisses, in ihr werden das Recht auf Privateigentum und die Möglichkeit der Vergesellschaftung miteinander verknüpft, sie eröffnet damit die prinzipielle Möglichkeit der Aufhebung nichtlegitimierter ökonomischer Interessen. In der zum großen Teil an die nationalsozialistischen Ideologien vom staatlichen Gesamtinteresse und vom Ständestaat anknüpfenden Staatswissenschaft der 50er Jahre wird die Sozialstaatsklausel auf die Gewährleistung sozialer Leistungen durch den Staat reduziert. Einen grundlegenden Einschnitt in die Bewegungsfreiheit der organisierten Lohnabhängigen brachte das KPD-Verbotsurteil von 1956. Seine Bedeutung lag weniger in dem Verbot einer kommunistischen Partei, sondern vielmehr in der Diskreditierung grundlegender Bestandteile der marxistischen Theorie allgemein als mit dem "Wertgehalt" des Grundgesetzes nicht vereinbar. In seiner Zielsetzung ist es bereits auf die Einschränkung und Unterdrückung zukünftiger Klassenbewegungen gerichtet. Die größte Niederlage der Arbeiterbewegung beim Kampf um den Erhalt des Verfassungskompromisses des Grundgesetzes stellt die Verabschiedung der Notstandsgesetze dar. Mit ihnen ist rechtstechnisch die Möglichkeit geschaffen worden, die legale Aktionsfähigkeit der Arbeiterklasse zu zerstören und damit die politische Demokratie in einen autoritären Staat zu

verwandeln. Mit Hilfe dieser Gesetze kann die Bundeswehr z.B. als ein innenpolitisches Machtinstrument eingesetzt werden. Die Notstandsgesetze sind auf eine Situation gerichtet, in der - vor dem Hintergrund verschärfter Klassenausinandersetzungen - die "normalen" Integrationsmittel gegenüber der Arbeiterschaft nicht mehr funktionieren.

Der Erlaß der Ministerpräsidenten vom Januar 1972 markiert den Beginn der Umkehrung des politischen Klimas in der Bundesrepublik, daß seit 1969 gekennzeichnet war durch vorsichtige Versuche der Formulierung grundlegender Reformvorstellungen, in ein Klima, das den konservativen Kräften des "roll-back" größeren Spielraum läßt. Diesen Kräften ging und geht es neben der Heraushaltung von sogenannten verfassungsfeindlichen Kräften vor allem um die Herstellung eines Klimas der Angst und der Einschüchterung, die alle progressiven Kräfte - vor allem auch innerhalb der SPD - in die Defensive drängt. Durch die massenhafte Überprüfung von Bewerbern (Schätzungen zufolge sind nach 1972 mehr als eine Million überprüft worden), die damit verbundene Aufblähung des Verfassungsschutzapparats und die Speicherung banalster - oftmals Jahre zurückliegender - politischer Aktivitäten sind sie diesem Ziel ein gutes Stück näher gekommen. Die Angst vor späterer politischer Überprüfung läßt viele vorsichtig werden in ihren schriftlichen und mündlichen Äußerungen während des Studiums, sie behindert nachhaltig die Arbeit linker Organisationen.

Gestützt vor allem auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Berufsverbot, hat sich fast unmerklich in den letzten Jahren in der Exekutive - auch zum großen Teil in der sozialdemokratisch dominierten - ein Bild des Berufsbeamten herausgebildet, in der der Beamte "staatsstreu" ist, d.h. nach dem Bundesverfassungsgericht dem Staat mehr als "im übrigen uninteressiert, kühl und distanziert gegenübersteht", andererseits unpolitisch ist, da von ihm verlangt wird, daß er sich "eindeutig von Gruppen und Bestrebungen distanziert, die diesen Staat, seine verfassungsmäßigen Organe angreifen, bekämpfen und diffamieren". Da bekanntlich die Regierung ein Staatsorgan ist, paßt schon eine konsequente Oppositionshaltung zu einer beliebigen Regierungspartei nicht mehr in das Bild von treuen Beamten. Die als einer der Grundlagen der Berufsverbote entwickelte besondere Treuepflicht ist dabei nur der z.Z. sichtbarste Teil einer Entwicklung an deren Ende ein Beamtenheer von Mitläufern steht, das im Extremfall - wie schon in der Weimarer Republik - aufgrund einer Treue gegenüber dem abstrakten Staat auch gegenüber antidemokratischen Ideen empfänglich ist. Die eindringlichste Verletzung der Verfassungsordnung durch die Berufsverbote besteht in der Aushöhlung des Parteienprivilegs, wie es in Artikel 21 des Grundgesetzes niedergelegt ist. Danach darf eine Partei nur dann als verfassungswidrig bezeichnet und behandelt werden, wenn dies zuvor vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wurde. Bis zu diesem eventuellen Verbot wird durch das Parteienprivileg die freie politische Betätigung der Partei und deren Mitglieder gewährleistet. Dennoch ist es seit tagelanger Praxis der Berufsverbote,

daß die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei einem Bewerber für den öffentlichen Dienst als verfassungsfeindliche Betätigung offen zur Last gelegt wird.

Die Entscheidung darüber, welche Organisationen als verfassungsfeindlich bezeichnet werden dürfen, soll nach dem Willen des Bundesverfassungsgerichts in die Willkür der Exekutive gestellt werden. Es wird damit ein Stück Verfassung ausgehöhlt, das mit der Konstruktion des Parteienprivilegs vom Parlamentarischen Rat ausdrücklich so gewollt wurde, denn seine Mitglieder wollten der Gefahr begegnen, die darin besteht, daß die Verwaltung willkürlich einzelne Parteien als verfassungsfeindlich bezeichnen darf. Sie wollten eine Wiederholung der Endphase der Weimarer Republik unmöglich machen, als die Nationalsozialisten die Existenz erst der Kommunistischen Partei, dann der Sozialdemokratischen und schließlich aller anderen unbotmäßigen Parteien nicht mit der "neuen Ordnung" für vereinbar erklärten. Der Verfassungsrichter Rupp beschrieb in einer abweichenden Meinung zum Urteil die Gefahr dieser Machtstellung der Exekutive, die es möglich macht, daß "in Zukunft unter einer ganz anderen politischen Konstellation möglicherweise einmal eine Regierung einen Bewerber deshalb nicht einstellt, weil er einer Partei angehört, die sie zwar nicht für verfassungswidrig halten kann, die ihr aber aus anderen Gründen mißliebig oder unbequem ist." Durch die Ablehnung zahlreicher Sozialdemokraten in unions-regierten Ländern hat sich diese Befürchtung bereits mehrfach bestätigt.

Eine auf den ersten Blick rein immanent-juristische, tatsächlich aber hochpolitische Auseinandersetzung, die für die Möglichkeiten der Veränderung der Gesellschaft der Bundesrepublik von zentraler Bedeutung ist, stellt die gegenwärtige Kontroverse über die Stellung des Bundesverfassungsgerichts zum gesetzgebenden Parlament dar. Das Bundesverfassungsgericht, vom Parlamentarischen Rat u.a. aufgrund seines Wissens über die schon erfolgte Übernahme der meisten der schon im Faschismus aktiven Richter in die Justizdienste der Länder, als oberstes Korrektiv mit weitreichenden Rechten ausgestattet, hat sich in einigen spektakulären Urteilen in jüngster Zeit an die Stelle der Gesetzgeber gesetzt. Wird dieser Entwicklung nicht von den demokratischen Kräften entschieden entgegengetreten, so gefährdet die Preisgabe der grundgesetzlich gesicherten Zuständigkeiten der Legislative die Existenz der Bundesrepublik als demokratischer Rechtsstaat.

Mit der Entwicklung des Bundesverfassungsgerichts zu einer Art obersten Gesetzgebers wurde der Linken bewußt gemacht, daß selbst klare parlamentarische Mehrheitsentscheidungen durch die Justiz blockiert und verhindert werden, solange nicht effektive Strategien zur Zurückdrängung dieser Machtanmaßung entwickelt werden.

Beginnend mit dem Urteil zum Vorschaltgesetz für ein Niedersächsisches Gesamthochschulrahmengesetz hat sich das Bundesverfassungsgericht Kompetenzen angemaßt, die entsprechend der Verfassungsordnung alleine dem Gesetzgeber zustehen.

Es ging in dieser Entscheidung sogar soweit, daß es den Parlamenten für zukünftige Hochschulgesetze gar die genaue Zusammensetzung der universitären Selbstverwaltungsgremien vorschreiben wollte, Abwägungen und Entscheidungen, die ausschließlich den souveränen Volksvertretungen zustehen. Die Position eines Ersatzgesetzgebers haben seitdem verschiedene Senate des Bundesverfassungsgerichts eingenommen, so bei der Entscheidung zum Grundlagenvertrag mit der DDR, zur Fristenlösung und vor kurzem zum Wehrpflichtgesetz. In all diesen Urteilen wird dem Gesetzgeber das - in früheren Urteilen des Bundesverfassungsgerichts immer uneingeschränkt eingeräumte - Recht bestritten, nach dem Mehrheitsprinzip über die vom Grundgesetz offen gelassenen Fragen zu entscheiden. Dieses für jeden demokratischen Rechtsstaat konstitutive Prinzip wird jetzt durch das Bundesverfassungsgericht ausgehöhlt, indem es selbst die dem Gesetzgeber zustehenden Rechte der Abwägung und Wertentscheidung an sich zieht. Es verfolgt damit das Ziel, die wenigen und allzu oft stark verwässerten Reformprojekte der sozialliberalen Koalition zu stoppen und ihre Durchsetzung unmöglich zu machen.

3.5.2 Jeder Versuch, die Perspektiven der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik realistisch einzuschätzen, wird die langfristig entstandene und daher nur in längeren Zeiträumen überwindbare Schwäche ihrer klassenbewußten Kräfte zugrunde legen müssen. Zu den weit zurückreichenden Ursachen dieser Schwäche, die hier nur benannt, aber nicht analysiert werden können, zählen vor allem die folgenden Momente: Die Spaltung der Arbeiterbewegung und das Scheitern der revolutionären Klassenauseinandersetzungen nach dem Ende des 1. Weltkrieges haben in kaum einem anderen Land zu ähnlich erbitterten Konflikten zwischen den sozialdemokratischen bzw. sozialistischen und den kommunistisch orientierten Teilen der arbeitenden Bevölkerung geführt. Der Kampf gegen die faschistische Gewaltherrschaft mußte unter extrem ungünstigen Bedingungen aufgenommen werden und vermochte daher nicht die gleich Intensität als gemeinsamer Bezugspunkt aller fortschrittlichen gesellschaftlichen Kräfte zu erlangen, wie dies für die vom Großdeutschen Reich eroberten Länder galt. Die Vereinigung von SPD und KPD in der damaligen SBZ und die Schwierigkeiten bei der Durchsetzung sozialistischer Produktionsverhältnisse in der DDR haben vor allem in der westdeutschen Sozialdemokratie zu einer traumatischen Verhärtung antikommunistischer Einstellungen geführt. Die kapitalistische Restauration der Bundesrepublik und die äußerst günstigen Bedingungen der Kapitalverwertung in den 50er und 60er Jahren haben die Notwendigkeit systemüberwindender Alternativen stärker als in den übrigen westeuropäischen Industrieländern aus dem Bewußtsein der Lohnabhängigen verdrängt.

Das Zusammenwirken aller dieser Faktoren hat die Austragungsformen und die Gegenstände der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik maßgeblich bestimmt. Sie erst erklären, warum es über Jahrzehnte zur scheinbar friedlichen Ausschaltung jedes kommunistischen Masseneinflusses und sogar zur Illegalisierung der KPD kommen konnte, warum

marxistische, ja selbst reformistische Positionen in der SPD während großer Teile der 60er Jahre bis zur Unkenntlichkeit verkümmerten und weshalb sozialpartnerschaftliche Vorstellungen über lange Jahre zur kaum noch infrage gestellten Dominanz in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung gelangen konnten.

Zur Verfestigung einer Bewußtseinsstruktur bei der übergroßen Mehrheit der Lohnabhängigen, in der konsequent sozialistische Zielvorstellungen keinen Platz finden, hat zusätzlich beigetragen, daß sich trotz des weitgehenden Verzichts auf gewerkschaftliche und politische Kampfaktionen großen Ausmaßes bis in die 70er Jahre eine für kapitalistische Verhältnisse unbekannte Verbesserung des realen Lebensstandards der arbeitenden Bevölkerung durchsetzen ließ. Die von den Parteien und Verbänden der herrschenden Klasse, aber auch von großen Teilen der SPD und der Gewerkschaft in zahllosen Varianten vorgebrachte These des "Wohlstands durch Verzicht auf Klassenkampf" hat daher über lange Zeiträume der westdeutschen Nachkriegsentwicklung eine oberflächliche Bestätigung verzeichnen können.

In der Umkehrung "Wirtschaftskrise durch zu hohe Ansprüche der Gewerkschaften, durch Reform-Euphorie usw." entfaltet sie auch dann noch eine die Verbreitung von Klassenbewußtsein hemmende Wirkung, wenn die sozialökonomischen Bedingungen, auf die sie sich vermeindlich stützte, längst entfallen sind.

Die Schwäche der klassenbewußten Kräfte in der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung der Bundesrepublik droht sich daher in zweifacher Weise über die sie einmal begründenden Ursachen hinaus fortzusetzen: Zum einen bewirkt ihre gegenwärtig höchst begrenzte Ausstrahlung auf das demokratische Potential der westdeutschen Klassengesellschaft einen schwer überwindbaren Mangel in der Ausarbeitung hinreichend konkreter und gerade dadurch überzeugender Handlungsalternativen. Zum anderen droht der an der gesellschaftlichen Basis spontan entstehende Widerstand, der mit der Zuspitzung der ökonomischen Krisenhaftigkeit des System gesetzmäßig zunimmt, immer wieder an der mangelnden Orientierung und Verallgemeinerung durch eben diese klassenbewußten Kräfte zu scheitern oder doch in seinen Auswirkungen erheblich eingeschränkt zu werden.

3.6. Demokratische Transformation von Wirtschaft und Staat in der Bundesrepublik

Die weitgehend gelungene Abwälzung der aus der seit 1973 andauernden Krise entstandenen Lasten auf die Lohnabhängigen, das vorläufige Scheitern jeder ernstzunehmenden Reformpolitik und die parallel dazu verlaufene Zunahme antidemokratischer und die Grundrechte gefährdender Tendenzen haben die Arbeiterbewegung in der BRD vor deutlich veränderte und gegenüber dem Beginn der 70er Jahre erschwerte Kampfbedingungen ge-

stellt. Vor dem Hintergrund der Schwäche der westdeutschen Arbeiterbewegung und insbesondere ihrer klassenbewußten Teile waren Erscheinungen wie Einschüchterung, Duckmäusertum und politische Desorientierung als kurzfristige Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung unausbleiblich. Dennoch - und dies unterscheidet die heutige Situation von jener nach 1966/67 - sind in den letzten Jahren die Konturen eben jener - nach wie vor im westeuropäischen Maßstab schwachen - klassenbewußten Kräfte in der BRD deutlicher hervorgetreten; im Zuge der Krise haben sie ihre Position in der demokratischen Bewegung behauptet. Hieraus eröffnet sich die Chance, daß diese Kräfte in der Zukunft ihre Rolle als eigentlicher Kristallisationskern einer breiten, das fortschrittliche Potential unserer Gesellschaft ausschöpfenden Bewegung für konsequente demokratische Reformen in Wirtschaft und Staat der BRD wahrnehmen können.

Im Mittelpunkt des Kampfes um eine grundlegende Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der BRD steht die Demokratisierung aller Bereiche und Sektoren des Wirtschaftsprozesses, den es von seiner ausschließlichen Orientierung am privaten Profit zu lösen gilt.

Staatliches Handeln findet unter kapitalistischen Bedingungen stets seine Grenze an den Erfordernissen der Aufrechterhaltung des Profitprinzips. Soll sich die staatliche Politik nicht länger an den Profitinteressen des Großkapitals ausrichten, so bedarf sie - auch wenn sie in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft das Privateigentum an Produktionsmitteln nicht abschafft, sondern seine Verwendung kontrolliert und lenkt - doch eines umfangreichen öffentlichen Sektors, der ihr auch von seiner Größe und Struktur her eine sozialistische Industriepolitik ermöglicht und im System der demokratischen Planung eine wesentliche Funktion ausübt. Auch wenn in der Bundesrepublik bereits heute ein öffentlicher Sektor von erheblichem Ausmaß existiert - vor allem in den Bereichen Energieversorgung, Verkehr und Dienstleistungen -, so ist er doch von seinem ökonomischen Gewicht her nicht in der Lage, diese Funktion auszufüllen. Deshalb wird es in mittel- und längerfristiger Perspektive notwendig sein, unter Bezugnahme auf Art. 14 GG - "Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen" - den Art. 15 GG anzuwenden - "Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden".

Das Entscheidungskriterium für die Vergesellschaftung eines Unternehmens ist seine Stellung im volkswirtschaftlichen Produktionsprozeß sowie die gesellschaftliche Bedeutung der in ihm produzierten Güter. In der Bundesrepublik ergibt sich daraus die Forderung nach Vergesellschaftung folgender Unternehmen bzw. Branchen:

- Unternehmen, die wegen ihres Dienstleistungscharakters unmittelbar öffentliche Aufgaben erfüllen,
- Produktionszweige, deren Leistungen Ausgangsbasis für den

gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozeß insgesamt sind (Energie- und Rohstoffwirtschaft),

- Unternehmenszweige, die entscheidende Bedeutung für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt als einem wichtigen Faktor der gesellschaftlichen Entwicklung haben,
- das Banken- und Versicherungswesen, das über das Mittel der Geld- und Kreditpolitik einen außerordentlich großen Einfluß auf Investitions- und Güterströme ausübt.

Unter diese Kriterien fallen praktisch alle bundesdeutschen Großunternehmen der Kohle-, Stahl-, Chemie- und Mineralöl-industrie sowie die großen Privatbanken und Versicherungs-konzerne.

Mit Hilfe eines so ausgeweiteten öffentlichen Sektors ist es möglich, die Entwicklung der westdeutschen Wirtschaft zwar nicht bis ins letzte Detail, aber doch in den großen Linien zu kontrollieren; auf seiner Grundlage läßt sich ein System der demokratischen Planung aufbauen. Während es zunächst nur gilt, die Unternehmen, die aufgrund ihrer Schlüsselposition für die gesamte Wirtschaft beträchtlichen Einfluß ausüben, zu vergesellschaften, so ist es in einer zweiten Stufe sinnvoll, alle die Unternehmen in Gemeineigentum zu überführen, die sich durch ein hohes Maß an faktischer ökonomischer Vergesellschaftung bereits auszeichnen oder die stark untereinander verflochten sind. Hiervon wären in der BRD die Großunternehmen des Automobil- und Maschinenbaus und der Konsumgüterindustrie sowie branchenmäßig nicht zuzuordnende Konglomerate betroffen.

Vergesellschaftung und demokratische Planung bedingen einander. Erfahrungen in Frankreich und Großbritannien beweisen, daß nur durch die Überführung einzelner Unternehmen in Gemeineigentum eine nachhaltige Beeinflussung des ökonomischen Prozesses nicht möglich ist. Durch den Aufbau eines umfassenden Systems der demokratischen Planung wird gewährleistet, daß die Mehrheit der Bevölkerung darüber entscheidet, nach welchen Kriterien was, wieviel und von wem produziert und konsumiert werden soll.

Demokratische Planung kann nicht heißen, die derzeitige privatwirtschaftliche Entscheidungsgewalt lediglich auf staatliche Planungsbürokratien zu übertragen. Eine breite Einflußnahme der Bevölkerung - vor allem der betroffenen Arbeitnehmer und Verbraucher - auf die Investitionsentscheidungen ist sowohl im Sinne einer demokratischen Wirtschaftsverfassung erforderlich als auch ökonomisch sinnvoll. Beim Aufbau eines Systems der demokratischen Planung ist deshalb nach dem Grundsatz zu verfahren: Soviel zentral-administrative Lenkung wie unbedingt nötig und soviel dezentral-demokratisch legitimierte Lenkung wie irgend möglich. Es liegt auf der Hand, daß eine zentrale Koordination umso eher erforderlich ist, je nachhaltiger eine bestimmte ökonomische Entscheidung die gesamte Wirtschaft betrifft. Umso notwendiger ist in diesen Fällen eine breite Beteiligung bei Diskussion und Beschlußfassung.

Die demokratische Planung erfaßt sowohl den öffentlichen als auch den privaten Sektor der Wirtschaft. Sie vollzieht sich dabei auf drei Ebenen:

- der zentralen Bundesebene,
- den mittleren Planungsebenen, die nicht in jedem Fall mit den Bundesländern übereinzustimmen brauchen,
- der Ebene der einzelnen Betriebe.

Ziel eines derart gestuften Planungsprozesses sind ein mittelfristiger Bundesrahmenplan und mittelfristige dezentrale Wirtschaftspläne, die auf der Grundlage einer langfristigen Trendprojektion erstellt werden. Sie legen die quantitative und qualitative Umsetzung der demokratisch festgelegten Ziele und Prioritäten der wirtschaftlichen Entwicklung fest; dabei muß die Mengenplanung lediglich bei bestimmten Schlüsselprodukten, die in der Regel in vergesellschafteten Unternehmen produziert werden, exakt erfolgen. Der zentrale gesamtwirtschaftliche und die dezentralen Pläne müssen drei Aufgaben erfüllen:

- Sie stellen mit einer gesamtwirtschaftlichen und dezentralisierten Projektion die wünschenswerte, an klaren gesellschaftlichen Zielen und Prioritäten orientierte Wirtschaftsentwicklung dar und geben an, wie diese sich auf die Güterproduktion, die Einkommensverteilung sowie die Güterverwendung auswirken soll;

- sie beinhalten als Kernelemente gesamtwirtschaftliche wie regionalisierte Investitionsvorgaben, in denen Struktur und Höhe der privaten Investitionen nach Branchen aufgegliedert werden;

- sie benennen die notwendigen rechtlichen Maßnahmen (hinsichtlich Planungstechniken, Gebots- und Verbotsgesetzgebung), die von Parlament und Regierung geschaffen werden müssen, um den Plan umsetzen zu können.

Für die organisatorische Gestaltung des dezentralen und zentralen Lenkungsprozesses ist maßgeblich, daß dieser unmittelbar in die Entscheidungskompetenz des durch demokratische Wahlen legitimierten Parlaments sowie der Regierung integriert wird. Ein neuzuschaffendes Ministerium hat die Planentwürfe für die parlamentarische Beratung vorzubereiten. Diese Entwürfe sind unter Hinzuziehung der jeweils betroffenen Bevölkerungsgruppen zu erarbeiten. Unter Berücksichtigung der Vorschläge der Wirtschafts- und Sozialräte, die paritätisch mit Arbeitnehmer- und Verbrauchervertretern sowie mit Vertretern der privaten Unternehmen besetzt sind und über ein direktes Initiativrecht verfügen, entscheiden die Parlamente über die vorgelegten Planentwürfe. Ihre Hauptaufgabe ist die Erstellung eines Bundesinvestitionsplans auf der Grundlage der beschlossenen Pläne der dezentralen Ebenen. Die Planvorgaben sind für den nationalisierten Sektor der Wirtschaft verbindlich, im privatwirtschaftlichen Bereich werden sie mittels der Steuer-, Subventions- und Kreditpolitik durchgesetzt.

Eine demokratische Planung des Wirtschaftsprozesses bedingt die Einführung uneingeschränkter Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Lohnabhängigen in allen Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft. Nur durch die Einräumung dieser

Rechte ist es gewährleistet, daß die Interessen der arbeitenden Menschen ihren unmittelbaren und ungebrochenen Ausdruck in den politischen Zielsetzungen und Entscheidungen finden.

Die umfassende Ausweitung der Mitbestimmungs- und Kontrollrechte der Arbeitnehmer ist eine grundsätzliche Forderung und erstreckt sich auf alle Ebenen der Wirtschaft vom einzelnen Arbeitsplatz bis zur gesamten Volkswirtschaft; sie gilt dabei sowohl für private wie für nationalisierte Unternehmen. In den einzelnen Betrieben geht es darum, die Rechte des Betriebsrats durch eine grundlegende Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes auszuweiten, die Forderung nach voller Öffentlichkeit aller technischen und ökonomischen Vorgänge und Zusammenhänge durchzusetzen sowie die Möglichkeiten gewerkschaftlicher Arbeit zu verbessern. Die Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer müssen sich auf alle Fragen der Unternehmenspolitik beziehen. In den vergesellschafteten Unternehmen ist den Beschäftigten das Wahlrecht der Unternehmensleitung einzuräumen. Auf Bundes-, Landes- wie auf regionaler Ebene werden Wirtschafts- und Sozialräte errichtet, in denen die Gewerkschaften paritätisch vertreten sind. Sie sind mit umfangreichen Vorschlags- und Kontrollrechten ausgestattet und umfassend an der demokratischen Planung der Wirtschaft beteiligt. Die Rechte der Wirtschafts- und Sozialräte müssen auch jeder ihrer Fraktionen einzeln zugestanden werden.

Für die deutsche Sozialdemokratie war in ihrer Geschichte der Kampf für eine Umwälzung der Eigentumsverhältnisse untrennbar verbunden mit der notwendigen Durchsetzung von politischen Freiheitsrechten. Von der erzwungenen Aufhebung der Sozialistengesetze bis hin zu den Massenangriffen gegen das Klassenwahlrecht mußte die deutsche Arbeiterbewegung die eigentlichen bürgerlichen Rechte ohne bzw. oftmals gegen das Bürgertum erkämpfen. Ziel war die demokratische Republik, die Marx als die "letzte Staatsform der bürgerlichen Gesellschaft", in der der "Klassenkampf definitiv auszufechten ist" bezeichnete. Im Heidelberger Programm von 1925 hieß es: "Die demokratische Republik ist der günstigste Boden für den Befreiungskampf der Arbeiterklasse und damit für die Verwirklichung des Sozialismus. Deshalb schützt die Sozialdemokratische Partei die Republik und tritt für ihren Ausbau ein." Das Schicksal der Weimarer Republik zeigt, daß die parlamentarische Demokratie solange gefährdet sein muß, wie sie sich nur auf die formale Gleichheit aller Staatsbürger und nicht auf deren materielle Gleichheit stützen kann. Das in der Weimarer Verfassung ausgedrückte relative politische Klassengewicht und die damit verbundene Möglichkeit der Arbeiterbewegung, im Parlament die Mehrheit zu erringen, ist die Ursache dafür, daß - vor allem in Krisenzeiten - die herrschenden Klassen zu Feinden ihrer eigenen bürgerlichen Rechte wurden. Die Beseitigung der Demokratie im Faschismus, verbunden mit der weitgehenden Vernichtung der Arbeiterbewegung, zeigt, daß die Demokratie solange gefährdet ist, wie nicht die gesellschaftlichen Machtverhältnisse grundlegend verändert worden sind, und daß ein Voranschreiten

von der rein formalen zur materiellen Demokratie für den Erhalt der politischen Freiheiten selbst unabdingbar ist.

Wichtigste Prinzipien der Transformation des Staates sind der konsequente Ausbau der politischen Demokratie, die Realisierung eines Höchstmaßes an direkter Beteiligung der Bevölkerung an den politischen Entscheidungen und die demokratische Kontrolle aller Staatsorgane. Die unter monopolkapitalistischen Bedingungen tendenziell gefährdeten bzw. eingeschränkten Freiheitsrechte werden verwirklicht und ausgebaut. Hierzu gehört das Recht auf Arbeit und Ausbildung, das im Zuge der Demokratisierung der Wirtschaft zunehmend garantiert werden kann sowie das Recht auf freie Berufswahl und das Streikrecht, das allen Arbeitnehmern in vollem Umfang eingeräumt wird. Durch staatliche Eingriffe auf dem Pressesektor werden die Grundlagen für eine umfassende Informations- und Meinungsfreiheit geschaffen. Der Prozeß der zunehmenden Entmachtung der Parlamente wird gestoppt durch die Wiederherstellung und Ausweitung der Kontrollrechte der Volksvertreter gegenüber der gesamten Tätigkeit der Exekutive; dies gilt vor allem im Bereich der Wirtschafts- und Finanzplanung. Daneben werden alle gesellschaftlichen Gruppen durch die Bildung von Beiräten - im Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik sind dies die WSR - an den sie betreffenden politischen Entscheidungen beteiligt; sie haben das Recht der vollen Information durch Legislative und Exekutive sowie die Möglichkeit, direkte Gesetzesinitiativen zu ergreifen. Der Parteienpluralismus wird voll garantiert. Besondere Bedeutung kommt der umfassenden Sicherung und Kontrolle der verfassungsmäßigen Funktionsweise von Bundeswehr, Polizei und Bundesgrenzschutz zu.

4. ZUR KRITIK DER BISHERIGEN SPD-POLITIK: AUFGABEN UND MÖGLICHKEITEN DER SOZIALDEMOKRATIE

Die Formulierung einer konkreten Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus für die Bundesrepublik Deutschland und die aktuelle Durchsetzung einer solchen Strategie unterliegen aufgrund des gegenwärtigen Zustands der westdeutschen Arbeiterbewegung besonderen Problemen und Schwierigkeiten. Dabei sind unter den besonderen Bedingungen der Bundesrepublik die aktuelle Politik und die Entwicklungsperspektive der Sozialdemokratischen Partei von hervorragender Bedeutung.

Die gegenwärtige Politik der SPD ist in ihren konkreten Maßnahmen keineswegs auf eine grundlegende Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse gerichtet. Gerade angesichts der gegenwärtigen Krise fehlen jegliche Alternativen zur kapitalistischen Wirtschaftsweise und ihren unmenschlichen Auswirkungen für die arbeitende Bevölkerung. Von demagogischen Angriffen der CDU/CSU in die Defensive versetzt, reduziert sich die Arbeit der sozialdemokratischen Regierungsvertreter fast ausschließlich darauf, die sozialliberale Koalition an der Regierung zu halten. Spezifische Inhalte sozialdemokratischer Politik werden kaum noch sichtbar. Hinzu kommt, daß die Partei mehr und mehr den Erfordernissen der Regierungspolitik untergeordnet wird.

Die jetzige Situation kann weder auf bösen Willen noch auf subjektives Versagen Einzelner zurückgeführt werden. Sie stellt den vorläufigen Abschluß der Nachkriegsentwicklung sozialdemokratischer Politik dar und bedarf der kritischen Einordnung in die verschiedenen ideologischen Strömungen der Arbeiterbewegung.

4.1. Nach der Befreiung Deutschlands vom Faschismus konnte die SPD ihre Konzeption eines sozialistischen Neuaufbaus in nationaler Einheit schon aufgrund der Interessen und Machtpositionen der Besatzungsmächte nicht durchsetzen. Im Hinblick auf die im Westen von den USA betriebene und von den bürgerlichen Parteien umgesetzte Rekonstruktion der kapitalistischen Wirtschaft unterschätzte die SPD die ökonomische Lebensfähigkeit des Kapitals und den politischen Behauptungswillen der Bourgeoisie. In dem falschen Bewußtsein, legitimerweise und zwangsläufig zur Vollstreckerin geschichtlicher Notwendigkeiten berufen zu sein, versäumte sie es, eine realistische Strategie zu entwickeln, in der für eine Phase weltweiter Stabilisierung des Kapitalismus konkrete Tagesforderungen und sozialistische Ziele aufeinander bezogen waren.

Auf die spätere wirtschaftliche Entwicklung mit ihrem ständigen - wenn auch zyklisch schwankenden - Wachstum und der erheblichen Verbesserung der materiellen Lage der arbeitenden Bevölkerung während der Rekonstruktionsphase reagierte

die SPD in ihrer politischen Praxis mit der Beschränkung auf oppositionelle Vorstellungen innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Anspruch auf eine grundlegende gesellschaftliche Umgestaltung wurde zwar im Godesberger Programm aufrechterhalten, die Konkretisierung sozialdemokratischer Politik erfolgte aber spätestens seit 1960 ohne Bezug auf eine prinzipielle sozialistische Programmatik. Die innerparteiliche Opposition gegen diese Entwicklung wurde weitestgehend administrativ ausgeschaltet. Gegenüber den bürgerlichen Bundesregierungen bot die SPD sich letztlich nur mehr als die sozialere und modernere Alternative innerhalb kapitalistischer Politikkonzeptionen an.

Die Erschütterung der Bundesrepublik durch die Wirtschaftskrise 1966/67 führte zur Regierungsbeteiligung der SPD im Rahmen der "Großen Koalition". Durch dieses Zusammengehen wurden unter Zurückdrängung konservativ-liberalistischer Wirtschaftsideologien die verfassungsrechtlichen Grundlagen für den Ausbau des staatlichen Interventionspotentials zur Regulierung wirtschaftlicher Prozesse geschaffen. Mit der permanenten Einbeziehung des Staates in den ökonomischen Reproduktionsprozeß ging ein Abbau demokratisch-parlamentarischer Kontroll- und Entscheidungsrechte einher. Parallel dazu wurden durch die Notstandsgesetzgebung individuelle Freiheitsrechte und parlamentarischer Einfluß beschnitten, während gesellschaftlich bedeutsame sozialdemokratische Forderungen, z.B. nach der Einführung der paritätischen Mitbestimmung, ohne Einfluß auf die Regierungspolitik blieben.

Während der Zeit der "Großen Koalition" entstand angesichts einer praktisch oppositionslosen Regierung eine breite demokratische Bewegung, die sich überwiegend außerparlamentarisch orientierte, die aber auch stark in die SPD hineinwirkte. Es entstand weithin ein Bewußtsein für die Notwendigkeit der Demokratisierung in vielen gesellschaftlichen Bereichen. Dieses Bewußtsein war mitentscheidend für ein Wahlergebnis, das die Bildung der sozial-liberalen Koalition ermöglichte.

Mit der Übernahme des Amtes des Bundeskanzlers durch den Sozialdemokraten Willy Brandt schienen Möglichkeiten für tiefgreifende und stetige Reformen zugunsten der arbeitenden Menschen eröffnet. Optimistischer Ausdruck für dieses in der SPD vorherrschende Bewußtsein war die Regierungserklärung 1969, die mehr Demokratie und mehr Lebensqualität versprach.

Um sozialdemokratische Programmatik in Regierungshandeln umsetzen zu können, wurde auf dem Parteitag 1970 beschlossen, "ein langfristiges gesellschaftspolitisches Programm (zu erarbeiten), das konkretisiert und quantifiziert sein muß". 1972 wurde dann mit dem 1. Entwurf eines "Orientierungsrahmens" dieses "Langzeitprogramm" vorgelegt, das die Grundlagen der kapitalistischen Wirtschaft nicht antastete, sondern sozialdemokratische Reformpolitik an ein Wirtschaftswachstum für die Jahre 1970 bis 1985 von 4,0 bis 5,5% und an die schrittweise Erhöhung des Staatsanteils von 28 auf 34 % knüpfte. Auf dieser materiellen Basis sollten durch

politisch gezielten Einsatz der wachsenden staatlichen Finanzmittel Reformen durchgesetzt werden.

Die konkrete Reformpolitik der Jahre 1969 bis 1972 blieb durchaus nicht ohne eine Vielzahl von Einzelerfolgen. Die ihr zugrunde liegende Konzeption, der Glaube, gesellschaftliche Entwicklungen unter kapitalistischen Bedingungen nach sozialdemokratischen Zielvorstellungen politisch steuern zu können, entsprach jedoch nicht einmal den damaligen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen. Das Ausbleiben der erwarteten wirtschaftlichen Wachstumsraten und das Scheitern der Steuerreform 1971 dokumentieren das Illusionäre der Hauptprämissen der damaligen Konzeption.

Trotz der sich abzeichnenden Schwierigkeiten gelang es im Bundestagswahlkampf 1972 gegenüber der Offensive von Unternehmerverbänden und Unionsparteien breit für eine demokratische Reformpolitik und die begonnene Spannungspolitik zu mobilisieren. Schon unmittelbar nach dem großen Wahlerfolg wurde dann mit der Regierungserklärung 1973 eine Politik des Zurückdrängens von Reformerverwartungen eingeleitet. Verstärkt wurde diese Reduzierung sozialdemokratischer Politik auf das "Machbare" nach der "Ölkrise"; mit der Kanzlerschaft Helmut Schmidt seit 1974 wurde diese Reduzierung dann zum Programm erhoben.

Seit der Wirtschaftskrise 1974/75 hat sich eine noch weitgehendere Veränderung ergeben. Niedriges Wirtschaftswachstum bis hin zum Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Produktion, immer noch erhebliche Inflationsraten und Dauermassenarbeitslosigkeit machen die Krisenhaftigkeit und die Menschenfeindlichkeit des Kapitalismus offenbar. Die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung strebt indes keine strukturellen Eingriffe in die Wirtschaft an. Im Gegenteil: Sie reagiert fast ausnahmslos mit der Unterordnung ihrer Maßnahmen unter Investitionsbereitschaft und Profitinteresse der Unternehmer, ohne dadurch in spürbarem Umfang arbeitsplatzschaffende Investitionen ausgelöst zu haben. Andererseits gibt es Ansätze, durch Maßhalteappelle in Richtung auf die Gewerkschaften die Reallöhne einzufrieren oder gar zu senken. Zur gleichen Zeit sind verschiedene Maßnahmen zu verzeichnen, die soziale Errungenschaften in einem Ausmaß, das überhaupt noch nicht absehbar ist, abbauen.

Verschärfte Klassenauseinandersetzungen um Löhne und Arbeitsbedingungen sowie die Gefährdung und die Einschränkung staatlicher Sozialleistungen gehen einher mit Tendenzen zum Abbau demokratischer Rechte und einem Klima zunehmender Illiberalität. Durch die in der Praxis noch verschärften Berufsverbote werden gesellschaftsverändernde Ansätze bis weit in die Sozialdemokratie hinein illegalisiert und berufliche Existenzen vernichtet. Hinzu kommen die Einschränkungen von Freiheitsrechten durch Veränderung von Strafgesetzbuch und Strafprozeßordnung, die in unerträglicher Weise die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit des kulturellen Schaffens einschränken.

Insgesamt muß festgestellt werden, daß in der praktischen Regierungspolitik die propagierte Reformpolitik nicht nur in ihrem Anspruch zurückgenommen wurde, sondern daß in der gegenwärtigen Phase bereits erkämpfte Verbesserungen teilweise wieder rückgängig gemacht werden.

4.2. Die bisherige Politik der SPD seit 1945 muß auf dem Hintergrund der nach wie vor unbestreitbaren Verankerung der sozialdemokratischen Politik in der Arbeiterklasse gesehen werden. Festzustellende politische Tendenzen und auch mögliche Fehlentwicklungen können daher nur hinreichend erklärt werden, wenn sie in Beziehung zu den ideologischen Grundströmungen in der Arbeiterklasse gesetzt werden. Nur auf der Grundlage einer entsprechenden Analyse können auch die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten beschrieben und Handlungsperspektiven bestimmt werden.

Seit der Herausbildung einer eigenständigen Arbeiterbewegung hat es in ihr verschiedene politische Strömungen gegeben, die auf unterschiedlichem Bewußtsein innerhalb der Arbeiterklasse basieren. Wenn auch immer wieder bewußt prokapitalistische Kräfte in die Organisationen der Arbeiterklasse Eingang gefunden haben, müssen als Hauptströmungen doch eine klassenbewußte an den Erkenntnissen des wissenschaftlichen Sozialismus ausgerichtete und eine reformistische Hauptströmung unterschieden werden.

Ausgangspunkt der unterschiedlichen Tendenzen ist die objektive Klassenlage der Arbeiter im Kapitalismus, in der die menschliche Arbeit prinzipiell dem Kapital untergeordnet ist. Die arbeitenden Menschen werden zum Objekt der Unterdrückung und Ausbeutung. Deshalb haben sie ein objektives Interesse an der Aufhebung der Lohnarbeit insgesamt, der Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch sozialistische. Zugleich aber kämpfen die arbeitenden Menschen unter den Bedingungen der kapitalistischen Wirtschaft um die Voraussetzungen ihrer eigenen materiellen und kulturellen Reproduktion.

Die klassenbewußten Kräfte in der Arbeiterbewegung verbinden den Kampf für die unmittelbaren materiellen Interessen mit dem Ziel einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Auf der Grundlage der Gesellschaftsanalyse des wissenschaftlichen Sozialismus formulieren sie eine Strategie, in der die Tageskämpfe verbunden werden mit der historischen Aufgabe der Arbeiterklasse, mit dem Kapitalismus die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu überwinden.

Demgegenüber kann als Hauptkennzeichen reformistischer Ideologien gelten:

- Der Reformismus zielt auf die Interessenvertretung der abhängig Arbeitenden, er begreift diese Interessenvertretung aber nicht als in einem antagonistischen Gegensatz zur bestehenden kapitalistischen Wirtschaftsweise befindlich.

Teilweise strebt er deshalb eine Interessenvertretung unter voller Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verhältnisse an, teilweise hält er eine Verbindung kapitalistischer und sozialistischer Strukturelemente zu einer gemischten Wirtschaftsweise für möglich, in der Profitprinzip und sozialistisches Planungsprinzip gleichberechtigt nebeneinander stehen.

- Der Reformismus setzt sich zwar prinzipiell für fortschrittliche Reformen ein, es findet aber eine Beschränkung auf einzelne Reformschritte statt, die nicht in Beziehung zu einer grundlegenden Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse gesehen werden. Soweit verbal an dem Ziel der sozialistischen Gesellschaft festgehalten wird, bleibt die prinzipielle Besonderheit des - durchaus prozeßförmigen - Übergangs zu einer neuen Gesellschaftsformation gegenüber innergesellschaftlichen Veränderungen unberücksichtigt. Die in weiter Zukunft liegende Konstituierung des Sozialismus stellt sich dann als eine Vielzahl reformgradualistischer Einzelschritte dar. Die politische Dimension der Klassenauseinandersetzungen, insbesondere in einer Übergangsphase, wird übersehen.
- Der Reformismus geht von der Illusion eines klassenneutralen Staates aus und schätzt daher die Möglichkeiten falsch ein, allein über den Staatsapparat Reformen durchzusetzen. Er verkennt daher auch die Notwendigkeit, durch die Eroberung und Umgestaltung der staatlichen Macht und die Veränderung der ökonomischen Grundstrukturen den qualitativen Schritt zu gehen, der der Kapitalistenklasse die Grundlage ihrer ökonomischen und politischen Macht entzieht.

Bei aller notwendigen Kritik an den Mängeln reformistischer Vorstellungen, darf der Begriff des Reformismus nicht zum diffamierenden politischen Schlagwort werden. Insbesondere ist es falsch, Reformismus und Klassenverrat einander gleich zu setzen. Der Reformismus ist vielmehr eine der Arbeiterklasse unter kapitalistischen Bedingungen prinzipiell eigene ideologische Grundströmung. Er hat seine Ursache darin, daß die Interessenvertretung der Arbeitenden unter der Vorherrschaft des Lohnarbeitsverhältnisses zugleich die Tendenz in sich birgt, die Interessenvertretung auf die bestehenden ökonomischen Verhältnisse zu beschränken. In der Stellung der abhängig Beschäftigten als Verkäufer der Ware Arbeitskraft und scheinbar gleichberechtigte Warenbesitzer sowie als Empfänger des Arbeitslohnes, der formal auf die ganze Arbeitszeit bezogen ist, sind objektive gesellschaftliche Voraussetzungen angelegt, die das Entstehen von Illusionen einer vermeintlich von antagonistischen Widersprüchen freien Gesellschaft sowie von sozialpartnerschaftlichen politischen Konzeptionen fördern. Unter den Bedingungen des parlamentarisch verfaßten Staates kommt die Tendenz zu Illusionen über den Klassencharakter des bürgerlichen Staates hinzu, wenn sich eine politische Organisation der Arbeiterbewegung allein auf den parlamentarischen Kampf beschränkt und die außerhalb dessen liegenden Klassenauseinandersetzungen nicht genügend in ihre politische Strategie einbezieht.

Der Reformismus ist seinem Wesen nach widersprüchlich und uneinheitlich. In der Geschichte der Arbeiterbewegung hat es immer wieder reformistische Strömungen mit durchaus unterschiedlichen Ausprägungen und auch ganz verschiedenen theoretischen Begründungen gegeben. Die innere Widersprüchlichkeit des Reformismus tritt insbesondere dann umso schärfer hervor, wenn in einer ökonomischen Krisensituation materielle Zugeständnisse gegenüber den berechtigten Interessen der Lohnabhängigen nur in geringem Umfang möglich sind. Je stärker dann die Integration in die bestehende Wirtschaftsordnung betrieben wird, desto weniger bleibt eine auch nur kurzfristige Interessenvertretung möglich. Je offensiver aber die Tagesinteressen der arbeitenden Menschen vertreten werden, desto stärker wird der Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft.

In Krisenzeiten besteht einerseits in besonderem Ausmaß die Gefahr, daß Teile der organisierten Arbeiterbewegung von reformistischen zu bewußt prokapitalistischen Positionen übergehen. Andererseits erwachsen gerade in solchen Situationen verstärkt objektive Voraussetzungen dafür, reformistische Ideologie durch ein Klassenbewußtsein zu überwinden, das die materielle Interessenvertretung mit dem Kampf um sozialistische Ziele verbindet. Hier gibt es aber keinen Automatismus: Klassenbewußtsein kann sich nicht spontan aus den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Kämpfen ergeben. Erst durch die Vermittlung der konkreten Auseinandersetzungen mit den kollektiven Erfahrungen, die die Arbeiterklasse über längere Zeiträume und international gewonnen hat, kann Klassenbewußtsein herausgebildet werden. Diese Vermittlung kann nur geleistet werden durch die großen Organisationen der Arbeiterbewegung, in denen klassenbewußte Kräfte überzeugend für eine Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus eintreten. Die notwendige Bewußtseinsarbeit kann nicht als einseitige Belehrung durch eine sich als Avantgarde verstehende Gruppe erfolgen, sondern als kollektiver und wechselseitiger Lernprozeß, bei dem aktuelle Betroffenheit sowie kollektive Erfahrung und wissenschaftliche Analyse jeweils miteinander vermittelt werden.

Unter den Bedingungen der Bundesrepublik kann und muß die Arbeit in der Partei geleistet werden, die als Massenpartei breit in der Arbeiterklasse verankert ist, in der Sozialdemokratischen Partei Deutschland.

4.3. Die politischen Gruppenbildungen innerhalb der SPD entsprechen nicht den verschiedenen Bewußtseinsströmungen in der Arbeiterbewegung. Zwar kann man davon ausgehen, daß diejenigen, die sich dem linken Parteiflügel zurechnen, insgesamt zu den marxistischen Kräften oder zu den Reformisten zu rechnen sind. Auf der anderen Seite darf aber nicht leichtfertig darüber hinweg gegangen werden, daß auch dem rechten Flügel Reformisten angehören, deren Bewußtsein - zumal wenn sie gewerkschaftlich verankert sind - im Sinne einer stärkeren Interessenswahrnehmung radikalisiert werden kann.

Gegenwärtig zeichnet sich eine zunehmende inhaltliche Auseinanderentwicklung zwischen den Willensbildungsprozessen in der SPD und der Regierungspolitik der sozialliberalen Koalition ab. In Einzelfragen und teilweise auch in einer gesamtgesellschaftlichen Dimension laufen innerparteiliche Diskussionen in ihrer Tendenz auf antikapitalistische Forderungen hinaus. Zu offenen Konflikten zwischen der Partei und den Regierungsrepräsentanten ist es bisher allerdings kaum gekommen, weil es der Parteispitze mittels geschickten Taktierens nur allzu oft gelungen ist, oppositionelle und innerparteilich mehrheitsfähige Ansätze zu neutralisieren.

Ausgangspunkt der gegenwärtigen innerparteilichen Situation ist das Scheitern jener reformistischen Strategie, die die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und das Fortbestehen der kapitalistischen Produktionsweise miteinander verbinden will. In der aktuellen schweren kapitalistischen Krise fehlt weitestgehend der ökonomische Spielraum für soziale Zugeständnisse, um die negativen Folgen des kapitalistischen Systems auch nur abzumildern. In dieser Situation sind Interessenvertretung und Integration als Momente reformistischer Politik immer weniger miteinander vereinbar, so daß innerhalb der außerordentlich breiten reformistischen Strömung in der deutschen Sozialdemokratie polarisierende Tendenzen wirksam werden.

In dieser Situation profiliert sich selbstbewußt innerhalb der SPD ein rechter Parteiflügel, der mit den Traditionen der Sozialdemokratie wenig, mit der Bewahrung der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur jedoch viel zu tun hat. Dieser Flügel, der jedenfalls in der Nachkriegssozialdemokratie stets vertreten war, wenn er sich auch zu anderen Zeiten reformistisch gegeben hat, wird verstärkt durch Teile der Reformisten, die im Prozeß der Polarisierung die eigene Ausgangsposition zugunsten der Verteidigung des Kapitalismus aufgeben.

Der größere Teil der Reformisten will die eigene Position bewahren und gerät in unterschiedlichem Ausmaß in Gegensatz zur herrschenden Profitorientierung. Insbesondere eine prinzipielle Fehleinschätzung des Klassencharakters des bürgerlichen Staates führt bislang aber immer wieder dazu, daß ein konkret erfahrener Gegensatz zur Regierungspolitik nur als punktueller begriffen und die gesellschaftliche Dimension der gegenwärtigen innerparteilichen Auseinandersetzungen nicht umfassend eingeordnet werden. Auf der Grundlage dieser Uneinheitlichkeit und Widersprüchlichkeit sind immer wieder Ansatzpunkte gegeben, auch Mehrheitsmeinungen von Parteitaggen so weit ihrer konkreten praktischen Stoßrichtung zu entkleiden, daß ein unmittelbarer Gegensatz zwischen tendenziell antikapitalistischer Parteimeinung und einer Regierungspolitik, die sich den Bedürfnissen des Kapitals unterordnet, nicht mehr wahrnehmbar ist.

In dieser Situation ist es den klassenbewußten Kräften in der SPD, die sich in der Tradition sozialdemokratischer Marxisten

wie August Bebel, Rosa Luxemburg, Paul Levi und Wolfgang Abendroth begreifen, vor allem bei den Jungsozialisten, aber auch in anderen Bereichen der Partei gelungen, Alternativen sozialdemokratischer Politik breit in die innerparteiliche Diskussion einzubringen. Dabei ist ihnen zugute gekommen, daß sich die marxistische Analyse der kapitalistischen Ökonomie als realistisch erwiesen hat, während die nach 1945 als modern von Teilen der Partei übernommene bürgerlich-keynesianistische Wirtschaftswissenschaft offensichtlich illusionär war. Auf dieser Grundlage gelang es auch, Erkenntnisse über den Klassencharakter des bürgerlichen Staates und die Notwendigkeit umfassender Gesellschaftsveränderungen in weiten Teilen der Mitgliedschaft zu verankern.

Die Stärkung marxistischer Positionen innerhalb der SPD veranlaßte führende Teile der Parteirechten, die über keine inhaltliche Perspektive sozialdemokratischer Politik mehr verfügte, zu administrativen Maßnahmen. Die Parteiausschlüsse für den Bundesvorsitzenden der Jungsozialisten, Klaus-Uwe Benneter, und den Bezirksvorsitzenden von Ostwestfalen-Lippe, Heinrich Lienker, sind hier die spektakulärsten Vorgänge.

Alle administrativen Schritte haben aber weder die marxistischen Kräfte insgesamt isolieren noch die Jungsozialisten als Gesamtorganisation spalten können. Im Gegenteil: Auf dem Hofheimer Bundeskongreß konnte die Mehrheit der marxistischen Kräfte ausgebaut werden, auch wurde sichergestellt, daß es insgesamt zu einer solidarischen Zusammenarbeit aller Gruppen innerhalb der Jungsozialisten kommen kann.

Für die weitere positive Entwicklung sind die Stärkung der marxistischen Position und die Radikalisierung reformistischer Tendenzen von entscheidender Bedeutung:

- Ausgangspunkt für eine Radikalisierung reformistischer Positionen und für den Übergang zu klassenbewußten Auffassungen ist im wesentlichen die weitere Entwicklung in den Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen. Hier wurden in jüngster Vergangenheit wiederholt programmatische Aussagen getroffen, die von der kurzfristigen Interessensituation der arbeitenden Menschen ausgehen und mittel- und längerfristige Ziele so angeben, daß ihre konkreten Auswirkungen deutlich und ihre unmittelbaren materiellen Vorteile bzw. demokratischen Verbesserungen einsichtig werden. Diese Ansätze werden vor denen nicht halt machen, die heute noch dem rechten Parteiflügel zugerechnet werden.
- Für die zukünftige Entwicklung in der SPD und für ein Zusammengehen von marxistischen und reformistischen Kräften ist der uneingeschränkte Kampf für die Erhaltung und den Ausbau demokratischer Rechte von besonderer Bedeutung. In dieser Frage kann es letztlich kein Nachgeben geben, ohne daß auch die fundamentalen Voraussetzungen für jede reformistische Politik aufgegeben würden. An diesem Problem muß sich auch in nächster Zeit die Frage des Bestands und der Wiederaktivierung des Frankfurter Kreises beantworten.

- Der Entwicklungsprozeß in der SPD kann nicht isoliert von-statten gehen. Die gewerkschaftliche Arbeit, aber auch die Tätigkeit von Bürgerinitiativen und vor allem die breite demokratische Bewegung gegen den Abbau demokratischer Rechte sind Arbeitsfelder aller fortschrittlichen Sozialdemokraten. Erfolge in diesen Bereichen werden unmittelbar auf die Entwicklung in der SPD zurückwirken und dazu führen, daß Bündnispartner für ein weitgehend gemeinsames Handeln vorhanden sind.

Angesichts der immer tiefer krisenhaften Entwicklung des gegenwärtigen Kapitalismus, angesichts der zunehmend offenkundigen Unvereinbarkeit der Interessen der arbeitenden Menschen mit den Bedingungen kapitalistischer Produktion und

angesichts der bestehenden und weiterzuentwickelnden Voraussetzungen für die Verbreiterung und Stärkung einer offensiven antikapitalistischen sozialdemokratischen Linken wird die Umwandlung der SPD in eine mehrheitlich konsequent sozialistische Partei immer deutlicher zu einer aktuell notwendigen und zugleich prinzipiell lösbaren Kampfaufgabe.

Für die weitere Arbeit innerhalb wie außerhalb der SPD bedarf es der Formulierung der notwendigen programmatischen Aussagen, an denen sich Orientierungen hin auf klassenbewußte Positionen ergeben können: Konkrete Vorstellungen sind nötig über eine Strategie des demokratischen Weges zum Sozialismus und über die aktuell im Vordergrund stehenden Fragen der Wirtschaftspolitik und des Erhalts der demokratischen Rechte.

5. SCHWERPUNKTBEREICHE SOZIALDEMOKRATISCHER ALTERNATIVEN

5.1. Sozialistische Wirtschaftspolitik

5.1.1. Für das Recht auf Arbeit

Die umfassende Reproduktion des Einzelnen und seiner Familie kann nur durch die Teilnahme am gesellschaftlichen Produktionsprozeß gesichert werden. Das oberste Ziel sozialdemokratischer Politik muß deshalb sein, für solche gesellschaftlichen Bedingungen zu sorgen, die jedem die Möglichkeit zur Aufnahme einer qualifizierten Berufstätigkeit schaffen und die die beständige Anwendung der erworbenen Fähigkeiten sichern sowie deren Neu- und Weiterentwicklung fördern. Im Mittelpunkt einer Politik entsprechend dieses Zieles steht die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit. Sie zielt darauf ab

- die materielle Existenz der Lohnabhängigen dauerhaft zu sichern,
- die Chance auf Selbstverwirklichung Realität werden zu lassen,
- die aktive und umfassende Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu gewährleisten.

Allein die Tatsache, daß seit mehreren Jahren Massenarbeitslosigkeit die Reproduktionsmöglichkeiten aller Lohnabhängigen erheblich einschränkt bzw. Teilen der Bevölkerung nahezu verunmöglicht, verdeutlicht die Unmöglichkeit der Realisierung dieser Ziele in der gegenwärtigen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der BRD. Die Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus führen vielmehr immer wieder dazu, daß die genannten Ziele zu Illusionen werden und damit als Utopien abqualifiziert werden können.

Unmittelbare Aufgabe sozialdemokratischer Wirtschafts- und Sozialpolitik ist es daher, Maßnahmen zu ergreifen, die eine Abwälzung der Krisenlasten zu Ungunsten der arbeitenden Bevölkerung verhindert und gleichzeitig maßgeblich zum Abbau von Arbeitslosigkeit beiträgt. Eine den gestellten Forderungen genügende Wirtschafts- und Sozialpolitik muß darüberhinaus die Grundforderung zur Geltung bringen, daß mit Hilfe der menschlichen Arbeitskraft unter menschengerechten Bedingungen gesamtgesellschaftlich sinnvolle Werte geschaffen werden. Wirtschaftspolitik in diesem umfassenden Sinne kann letztlich nur erfolgreich sein, wenn sie die Voraussetzungen und Bedingungen ihres eigenen Handelns so verändert, daß die dauerhafte Erreichung dieser Ziele - und als dessen oberstes das Recht auf Arbeit - möglich wird, d.h. in der Konsequenz auf eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung abzielt, die die Zwangsgesetze des Profitsystems überwindet. Aus der Sicht der Lohnabhängigen sind folgende Mindestvoraussetzungen zu erfüllen:

- Schaffung von 3 Millionen neuer qualifizierter Arbeitsplätze, da in den nächsten Jahren mit einer beträchtlichen Vernichtung von weiteren Arbeitsplätzen u.a. im Zuge der Automation wesentlicher Produktions- und Verwaltungsbereiche gerechnet werden muß;
- Beseitigung unmenschlicher Arbeitsbedingungen;

- Gleichstellung männlicher und weiblicher Arbeitnehmer;
- gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit;
- Durchsetzung der vollen paritätischen Mitbestimmung.

5.1.2. Für eine alternative Wirtschafts- und Sozialpolitik

Die mit der Rezession 1966/67 einsetzende krisenhafte Entwicklung in der BRD ist der offenkundige und für die Lohnabhängigen schmerzliche Beweis dafür, daß stetiges Wachstum bei Preisstabilität und Vollbeschäftigung sowie außenwirtschaftlichem Gleichgewicht in einer kapitalistischen Wirtschaftsordnung nicht als Normalzustand zu erreichen ist. Kurzfristige Forderungen im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung werden in ihrer Umsetzung und Verwirklichung keine qualitative Veränderung der Gesellschaft hervorbringen. Dies kann nur das Ergebnis entwickelter aktiver Klassenkämpfe der Arbeiterbewegung und ihrer Bündnispartner sein. In Übereinstimmung mit ihrer Konzeption einer konsequenten Reformpolitik sind Sozialdemokraten jedoch darauf verpflichtet, für die unmittelbare Verbesserung der Lage der arbeitenden Bevölkerung bereits im Rahmen des bestehenden Systems einzutreten. Unabhängig davon wird der Konzentrationsprozeß und die Vermachtung der ökonomischen Gewalt in immer weniger Händen und damit der Druck der Monopole auf staatliche Instanzen und die Gewerkschaften als Solidargemeinschaften der arbeitenden Menschen weiter zunehmen. Produktionsfortschritte werden weiterhin gegen die Arbeiterklasse eingesetzt werden und zu Massenentlassungen führen. Die Zwangsgesetze des Profitsystems werden solche Erscheinungen beständig und vermehrt reproduzieren, die unsere natürliche Umwelt ökologisch überlasten und regionale Ungleichentwicklungen in den Landesteilen und Regionen bewirken. Auch im weiteren Verlauf der kapitalistischen Entwicklung kann sich die ständige Überakkumulationstendenz des Kapitals nur in heftigen Krisenerscheinungen Luft machen.

Die gegenwärtige staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik kann aufgrund fehlender direkter Eingriffsmöglichkeiten in den Produktionsprozeß lediglich ökonomische Entwicklungen beschleunigen oder hemmen - nicht jedoch deren Grundausrichtung ändern. Auf der anderen Seite erstreckt sich im entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus der Kampf um die Verteilung und Abwälzung der Krisenlasten selbst auf die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, die somit zum Gegenstand der Auseinandersetzungen zwischen den Klassen der Gesellschaft wird. Sozialdemokratische Politik findet ihre Legitimationsbasis vorwiegend in der Arbeiterbewegung. Sie hat demzufolge ihr praktisches Handeln in erster Linie danach auszurichten, Angriffe auf die sozialen und ökonomischen Errungenschaften der Lohnabhängigen abzuwehren. Für Sozialdemokraten muß die Frage, ob die Hebung der Massenkaufkraft - wie sie von den Gewerkschaften propagiert wird - der für die Kapitalseite günstigere oder ungünstigere Weg aus der gegenwärtigen Krise ist, ohne Belang sein: für die Arbeiterklasse ist diese im Vergleich zu einer rigiden, unsozialen Ausgabenbeschränkung des Staates zu ihren Lasten ein weniger belastender Zustand.

Darüberhinaus hat sich in der Vergangenheit gezeigt, daß antizyklische Staatsausgaben ebenso wie erkämpfte Lohnerhöhungen, die in der Krise auftretenden und zusätzlich neben den Verwertungsschwierigkeiten des Kapitals existierenden besonderen Realisierungsprobleme der produzierten Werte (als eben einer Seite der Verwertungsschwierigkeiten) mildern und dämpfend in die Eigendynamik der Krise eingreifen, ohne zugleich deren Verursachungszusammenhang erreichen zu können.

Mit der Durchsetzung kurzfristiger Alternativen im Zuge einer systemimmanenten Wirtschaftspolitik wird zugleich deren Untauglichkeit für die Lösung grundlegender Probleme dieses Systems offenbar. Dessen wird sich die Arbeiterbewegung insgesamt nur bewußt, wenn sie die Grenzen fortschrittlicher Wirtschaftspolitik täglich erfährt, und Sozialdemokraten diese Grenzen ständig in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner benennen. Dies bedeutet zugleich, daß Sozialdemokraten auf die Propagierung von Vergesellschaftungsforderungen als einzig dauerhaftem Ausweg aus der kapitalistischen Misere nicht verzichten können. Die Analyse der bestehenden Ordnung muß den Sozialismus als logisch und historisch letzte Konsequenz erkennbar werden lassen - ansonsten wird eine wirkliche Orientierung im täglichen Klassenkampf nicht zustande kommen. Für uns ergibt sich diese Orientierung nach wie vor aus den Grundforderungen nach Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, der Verstaatlichung der Banken und Versicherungen sowie einer demokratischen Planung der Produktion entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung. Erst die Erfüllung dieser Grundvoraussetzungen ermöglicht eine wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die sich von den Zwangsgesetzen des Kapitalismus befreit hat. Wir verkennen jedoch nicht, daß unter den gegebenen historischen Bedingungen in der BRD Zwischenschritte notwendig sind, die z.Z. nur an den unmittelbarsten Interessen der Arbeitenden und sozial Benachteiligten ausgerichtet sind.

5.1.3 Kurzfristige Forderungen

5.1.3.1. Arbeitszeitverkürzung

Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Verringerung der Arbeitsbelastung des Einzelnen tragen zur Humanisierung der Arbeit bei und schaffen neue Arbeitsplätze. Arbeitszeitverkürzung als derzeit wichtigste Voraussetzung zur Schaffung neuer Arbeitsplätze bei gleichzeitigem Lohnausfall wird abgelehnt. Eine solche Maßnahme käme einer Umverteilung der Einkommen abhängig Beschäftigter untereinander gleich, und die Kapitalseite bliebe trotz steigender Gewinne davon unberührt. Darüber hinaus würde sie der Forderung nach Stärkung der Massenkaufkraft widersprechen. Verhindert werden muß, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit von den Unternehmern mit einer Erhöhung der Belastung der Arbeitenden aufgefangen werden kann. Kurzfristig kommt den Betriebsräten in dem Zusammenhang eine besondere Aufgabe zu. Die Arbeitszeitverkürzung vollzieht sich in folgenden Schritten und Formen:

- a) schrittweise Senkung der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden. Die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit ist dabei ein wesentliches Element der Forderung
- b) stufenweiser Abbau der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer und Schichtarbeiter
- c) Abbau von Sonderschichten und ungerechtfertigten Überstunden. Neufassung der Arbeitszeitverordnung durch Verkürzung der gesetzlichen regelmäßigen Höchstarbeitszeit von 48 auf 40 Stunden in der Woche
- c) Festlegung von entsprechenden Mindesterholungszeiten pro Stunde für alle Arbeitnehmer, insbesondere für Nachtschichtarbeiter
- e) Erhöhung des Mindestjahresurlaubs auf 6 Wochen
- f) Herabsetzung der flexiblen Altersgrenze auf 50 Jahre für Männer und Frauen
- g) Einführung des 10 Pflichtschuljahres und des Berufsgrundbildungsjahres
- h) bundesweite Einführung eines 14-tägigen Bildungsurlaubs.

5.1.3.2. Erhöhung der Massenkaufkraft

Folgende Forderungen sind über die staatliche Wirtschafts- und Sozialpolitik zu verwirklichen:

- a) Erhöhung der Sozialhilfesätze, damit für alle sozial Benachteiligten der Lebensunterhalt gesichert ist
- b) Ausdehnung der Arbeitslosenunterstützung auf alle Arbeitslosen und für die gesamte Dauer der Erwerbslosigkeit
- c) Heraufsetzung des Arbeitslosengeldes bis zur Höhe des durchschnittlichen Nettolohnes vor der Arbeitslosigkeit
- d) kontinuierliche bruttolohnbezogene Erhöhung der Sozialrenten, wobei die unteren Rentensätze merklich anzuheben sind
- e) Senkung der Lohnsteuer zugunsten kleiner Einkommen
- f) Erhöhung der Ausbildungsförderung sowie der Elternfreibeträge
- g) Wegfall der unteren Lohngruppen im öffentlichen Dienst.

Die Förderung der Massenkaufkraft über den Staat kann neben konjunktur- und arbeitsmarktpolitischen Effekten ein Beitrag zu größerer Einkommensgleichheit sein, vor allem dann, wenn sie die Empfänger kleiner Einkommen und sozialer Randgruppen dieser Gesellschaft hervorragend begünstigt.

Neben der staatlichen Einkommensförderung gewinnt eine offensive Tarifpolitik der Gewerkschaften, die ebenso durch Forderungen nach Sockelanhebungen einen Beitrag zu größerem Einkommensausgleich leisten sollte, eine noch größere Bedeutung für die Stärkung der Massenkaufkraft, erfaßt sie doch den Lohn aller Erwerbstätigen in der BRD. Sozialdemokraten müssen neben ihrer Arbeit in den Gewerkschaften vor allem auch als Partei die gewerkschaftlichen Ziele und Forderungen unterstützen. Eine solche Politik mit ihren entsprechenden Zielen und Forderungen darf durch die Haltung des Staates mit einer sozialdemokratisch geführten Regierung keinesfalls behindert werden. Dies bedeutet, daß die

SPD sich aktiv für die strikte Wahrung der Tarifautonomie einzusetzen hat und damit gleichzeitig Lohnleitlinien durch den halboffiziellen Sachverständigenrat und die Regierung ablehnt und ggf. gemeinsam mit den Gewerkschaften massiv in der Öffentlichkeit gegen sie vorgeht. Dies bedingt ebenso die Liquidierung der "Konzertierten Aktion" in ihrer gegenwärtigen gewerkschaftsschädigenden Form. Am deutlichsten ist die gewerkschaftliche Kampfkraft durch Aussperrungsaktionen der Unternehmer gefährdet. Einen Beitrag für die Erhöhung der Massenkaufkraft liefern zu wollen, heißt deshalb auch, sich für das gesetzliche Verbot der Aussperrung einzusetzen. Ist dieses Verbot bereits wie in Hessen verfassungsrechtlich vorgesehen, muß bei Mißachtung des Verbots strafrechtlich vorgegangen werden.

5.1.3.3. Öffentliche Investitionstätigkeit

Mehr öffentliche Investitionen können ein Beitrag zu einem Wachstum sein, das mehr an Lebensqualität für die Bevölkerung bringt und gleichzeitig der Sicherung und Schaffung neuer Arbeitsplätze dient.

Besondere Bereiche sind:

- a) Der Bildungs- und Qualifikationsbereich. Selbst bei Ausführung der Ziele des Bildungsgesamtplanes und bei Ausbau der Weiterbildung werden zahlreiche Großinvestitionen getroffen und gleichzeitig eine erhebliche Anzahl an Dauerarbeitsplätzen für Lehrer, Schulpsychologen, Hausmeister, Verwaltungsangestellten geschaffen.
- b) Der Bereich der Sozial- und Jugendhilfe. Der Bedarf an Beratung, an außerschulischer Erziehung, Familienhilfe, Suchtkrankenhilfe, Betreuung psychisch Kranker ist erheblich. Die Jugendhilfrechtsreform wurde bislang aus Kostengründen nicht verwirklicht. Die Ausweitung der Sozial- und Jugendhilfe würde ebenfalls Investitionen auslösen als auch Dauerarbeitsplätze für Sozialarbeiter, Erzieher, Psychologen u.ä. schaffen.
- c) Der Bereich der Freizeit. Der Ausbau qualifizierter Freizeiteinrichtungen und -maßnahmen, sowohl in Form von Erholungsmaßnahmen als auch der Aktivfreizeit ruft Investitionen hervor, schafft Arbeitsplätze und zieht private Investitionen nach sich.
- d) Einsatz der Infrastruktur, Umweltpolitik und Politik zur Humanisierung der Arbeitswelt zur Erzielung eines qualitativen Wachstums. Privatinvestitionen auf diesem Gebiet müssen durch gesetzliche Auflagen erzwungen werden.
- e) Verstärkte Innovationstätigkeit auf den Feldern alternativer Formen der Energieversorgung, Umwelt, Verkehr und Kommunikation, Elektronik, Gesundheitstechnologie, Humanisierung der Arbeitswelt.
- f) Im Rahmen der Energiepolitik soll ein 10-Jahresprogramm zur Wärmedämmung und Hausisolierung mit einem Gesamtvolumen von 70 Milliarden DM 7 Millionen Wohnungen aufgelegt werden.
- g) Finanzielle Ausfüllung raumordnerischer und strukturpolitischer Konzepte. Hierzu gehört die überörtliche und überregionale Verkehrsanbindung der Entwicklungsschwer-

punkte besonders im ländlichen Raum, die infrastrukturelle Ausstattung der Entwicklungsschwerpunkte und die Stärkung des tertiären Sektors im ländlichen Raum. Gleichzeitig muß ein Minimalstandardprogramm für die Siedlungsschwerpunkte aufgestellt werden, die nicht mehr eine eigenständige industrielle und gewerbliche Entwicklung haben können. Dieses Programm zum Ausbau und zur Sicherung sozialkultureller, wohnungsnaher Infrastruktur in kleinen Gemeinden muß besonders gefördert werden.

- h) Die öffentlichen Unternehmen des Banken- und Nichtbankensektors sind auf gezielte Erfüllung der öffentlichen Entwicklungsplanung hin zu verpflichten. Die Bereitstellung von staatlichem Kapital soll in Zukunft vorwiegend über staatseigene Entwicklungsgesellschaften erfolgen.

Die Finanzierung der hier vorgeschlagenen kurzfristigen Maßnahmen soll in erster Linie erfolgen durch:

- a) 10% Senkung des Rüstungshaushalts
- b) Höhere Nottokreditaufnahme der öffentlichen Haushalte (Staatsverschuldung)
- c) Verzicht auf weitere Steuergeschenke an Gewerbe und Industrie
- d) Stärkere Besteuerung von marktmachtbedingten Übergewinnen
- e) Abbau unwirksamer Subventionen
- f) Schaffung und Nutzung einer Aktivreserve der Deutschen Bundesbank
- g) Integration der gesamten staatlichen Finanzierung zur Behebung der Arbeitslosigkeit durch gegenseitige Deckungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte
- h) Einfrieren hoher staatlicher Gehälter und Bezüge
- i) Schnellere Eintreibung der Steuerschulden der Unternehmen durch qualitative und quantitative Verbesserung der steuerlichen Betriebsprüfung
- j) Senkung der Belastung der öffentlichen Haushalte durch die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips bei privatwirtschaftlich verursachten Gesundheits- und Umweltschäden.

Schon die Umsetzung dieser kurzfristigen Forderungen wird den entschlossenen Widerstand der Kapitalisten hervorrufen. Bereits die völlig unzureichenden Konjunkturfeuerwehrprogramme der gegenwärtigen Bundesregierung stoßen auf beträchtliche Gegenreaktionen der Unternehmerverbände. Daher muß sich eine fortschrittliche alternative Politik schon jetzt auf flankierende Maßnahmen zur Absicherung ihrer Stoßrichtung festlegen. Dies bedingt die Aufstellung mittelfristiger Zielsetzungen, zu denen wir im folgenden rechnen:

5.1.4. Mittelfristige Maßnahmen

- a) Weitere Verkürzung der Arbeitszeit durch Erweiterung des Jahresurlaubs und Senkung der täglichen Arbeitszeit
- b) Einführung einer gesetzlichen Veröffentlichungspflicht der Verflechtungs- und Besitzstrukturen von Unternehmen mit dominierender Marktstellung
- c) Gesetzliche Verpflichtung zur Vorlage der gesamten Personalplanung der Unternehmen gegenüber der Betriebsversammlung

- d) Gesetzliche Verpflichtung zur öffentlichen Meldung von Investitionen und Betriebsschließungsplänen mit festgelegten Fristen
- e) Einführung einer Sonderbesteuerung für Liquidationsgewinne
- f) Schaffung von Investitionsgeboten in volkswirtschaftlich besonders bedeutungsvollen Sektoren
- g) Investitionsverbote für umweltzerstörende und volkswirtschaftlich unerwünschte Produktionen.
- h) Schaffung einer gesetzlichen Grundlage zur Kontrolle internationaler Kapitalbewegungen. Sicherung der Volkswirtschaften insbesondere des EG-Gebietes durch ein internationales Abkommen zur Verfolgung ungesetzlicher Kapitaltransfers
- i) Einführung gesetzlicher Bandbreiten für die Preisentwicklung auf den Gütermärkten
- k) Einführung von Gesetzen gegen die kriminelle Wirtschaftstätigkeit. Schaffung einer Sonderstelle des Bundeskriminalamtes zur zentralen Verfolgung der Wirtschaftskriminalität.

Diese vorwiegend administrativen Maßnahmen des Staates müssen ergänzt werden durch die Einführung von Wirtschafts- und Sozialräten auf allen Ebenen der staatlichen Gebietskörperschaften, denen jeweils ein Beratungsstab von unabhängigen Wirtschaftswissenschaftlern zur Unterstützung zugeordnet wird. Die Aufgabe der Wirtschafts- und Sozialräte soll zuerst in folgendem bestehen:

- Koordinierung aller öffentlichen und halböffentlichen Unternehmen
- Ermittlung des möglichen Bedarfs an Gütern, Investitionen und Ausbildungskapazitäten
- Schaffung von integrierten Entwicklungsplänen der jeweiligen Region
- Information und Aufklärung der Bevölkerung über die wirtschaftspolitischen Probleme des Gebietes
- Beratung der betrieblichen Entscheidungsgremien
- Kontrolle der staatlichen Auflagen und Gesetzeseinhaltung durch Untersuchungsausschüsse
- Vorbereitung von Anklagen gegen kriminelle Wirtschaftspraktiken von Einzelpersonen und Vereinigungen. Hierzu müssen gleichzeitig Sonderabteilungen der Justiz eingerichtet werden, die das vorbereitete Material verwenden können.

Die Wirtschafts- und Sozialräte sollten mit mindestens 50% Arbeitnehmervertretern besetzt werden.

5.2. Erhalt und Ausbau der demokratischen Rechte

5.2.1 Zentrale Aufgabe des demokratischen Kampfes ist die vollständige Beseitigung der verfassungswidrigen Berufsverbote.

In der innerparteilichen Auseinandersetzung um die Berufsverbote ist es den linken und liberalen Kräften in der Partei bislang noch nicht gelungen, eine Mehrheit gegen die

politische Überprüfung und die Praxis der Berufsverbote zu erringen. Trotz einiger Erfolge auf dem Hamburger und Mannheimer Parteitag, die sich in Beschlüssen manifestierten und die damit immer wieder Ansatzpunkte für die Kritik der konkreten Berufsverbotepraxis abgaben, blieb der sog. Radikalerlaß in seinen Kernbereichen bestehen. Auch weiterhin wird die generelle Überprüfung gehandhabt, weiterhin wird auch die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen, aber als "verfassungsfeindlich" diffamierten Organisation oder Partei - wenn auch durch das Bundesverfassungsgericht eingeschränkt auf ein Indiz unter anderem - als ein Ablehnungsgrund herangezogen. Die vor allem durch den innerparteilichen Druck erfolgte offizielle Aufkündigung des Radikalerlasses in den SPD- bzw. SPD/FDP-regierten Ländern hat zwar gegenüber den unionsregierten Ländern rechtsstaatliche Verbesserungen zur Folge gehabt, gleichzeitig jedoch trug die Einrichtung zentraler Behörden zur Überprüfung der Verfassungstreue zur Verstärkung und Institutionalisierung der Praxis der Berufsverbote auch in diesen Ländern bei. Die von den linken und liberalen Kräften in der SPD entwickelten Forderungen haben daher heute nichts von ihrer Aktualität verloren:

- Die Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen Partei oder sonstigen Organisation steht der Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht entgegen.
- Sofortige und vollständige Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses von 1972; bei der endgültigen Übernahme in den öffentlichen Dienst reichen die Bestimmungen des Grundgesetzes und des Beamtenrechtes aus.

5.2.2. Der Kampf um den Erhalt und Ausbau der demokratischen Rechte der Bürger ist auch ein Kampf gegen den Terrorismus und seine Folgeerscheinungen.

Dabei kann es der Linken nicht genügen, sich vom Terrorismus zu distanzieren, nachzuweisen, daß die Reaktionäre ihn zur Verschärfung der Rechtsentwicklung nutzen und/oder ihn mit dem Anarchismus gleichsetzen. Vielmehr kommt es zur Erlangung einer offensiven Position darauf an, die vielschichtigen Beziehungen zwischen Kapitalismus und Terrorismus aufzuzeigen.

Von reaktionären und konservativen Kräften wird insbesondere der Marxismus als Ursache für den Anarchismus angesehen, und damit auch als Grundlage des Terrorismus. Darüberhinaus wird von reaktionären Politikern der Extremismus mit dem Terrorismus gleichgesetzt.

Demgegenüber stellen wir fest:

Der Anarchismus entstand im vorigen Jahrhundert, als kleinbürgerliche Schichten vom aufkommenden industriellen Kapitalismus gefährdet wurden. Diese gesellschaftlichen Schichten erblickten nicht im kapitalistischen System die Ursachen ihrer Misere, sondern im Staat, dessen Klassencharakter sie nicht erkannten. Sie propagierten daher die uneingeschränkte persönliche Freiheit und lehnten politische Organisation und Disziplin ab.

Die vielschichtigen Strömungen des Anarchismus reichten von reformistischen Ansätzen zur Lösung sozialer Konflikte bis

zur Befürwortung individuellen Terrors. Innerhalb der Arbeiterbewegung gewann der Anarchosyndikalismus in seinen verschiedenen Formen teilweise bedeutenden Einfluß, da der wissenschaftliche Sozialismus damals noch keineswegs die dominierende Auffassung innerhalb der Arbeiterbewegung war.

Der klassische Anarchismus war gewissermaßen eine ideologische und politische Strömung des kleinbürgerlichen Radikalismus innerhalb der Arbeiterbewegung.

Es ist allerdings der historische Verdienst des wissenschaftlichen Sozialismus, den kleinbürgerlichen Anarchismus innerhalb der Arbeiterbewegung zurückgedrängt zu haben.

Der Terrorismus unserer Tage hat mit dem klassischen Anarchismus nur noch wenig gemeinsam. Er steht nicht nur völlig außerhalb der Arbeiterbewegung, sondern ist auch in seinen theoretischen Rechtfertigungsversuchen mit maoistischen und trotzkistischen Elementen durchsetzt.

Der Anarcho-Terrorismus, wie man den heutigen Terrorismus als Pervertierung der negativsten Seiten des klassischen Anarchismus nennen könnte, findet seine Basis offensichtlich immer noch in kleinbürgerlichen Schichten, v.a. aber in Teilen der Intelligenz.

Lag aber einst die Ursache für die Radikalisierung kleinbürgerlicher Schichten in den Folgeerscheinungen des aufsteigenden Kapitalismus, so resultiert sie heute aus seiner staatsmonopolistischen Endphase, die alle Momente seiner Überholtheit und Auflösung zur Entfaltung bringt. Der Anarchismus ist die irrationale und scheinrevolutionäre Gegengewalt isolierter und sektiererischer Gruppen.

Insofern unterscheidet sich der Anarcho-Terrorismus auch deutlich vom Terrorismus faschistischer Regime, aber auch vom bewaffneten Kampf der Volksbefreiungsbewegungen gegen rassistische und neokoloniale Unterdrückung.

Die Lage der Intelligenz ist in der staatsmonopolistischen Phase durch zunehmende Proletarisierung und Verlust oder doch zumindest Beeinträchtigung ihrer vermeindlichen Unabhängigkeit gekennzeichnet. Die Arbeitslosigkeit der Akademiker führt diese Entwicklung nachdrücklich vor Augen. So sind es heute u.a. Angehörige der Intelligenz, die das Potential des kleinbürgerlichen Radikalismus vergrößern.

Wenn ein Großteil der Terroristen aus gesellschaftlichen Schichten kommt, die traditionell eher dem Konservatismus zu-neigen, so deshalb, weil sie unter staatsmonopolistischen Bedingungen bewußt und/oder emotional keine Perspektive mehr für sich und große Teile der Bevölkerung zu entwickeln vermögen. Sie sehen den Staat losgelöst von den gesellschaftlichen Bedingungen und Klassenbeziehungen als Hauptfeind und entschließen sich zu einem verzweiferten, irrationalen und subjektiven Protest.

So ist also auch der heutige Anarcho-Terrorismus nicht vor-
aussetzungslos entstanden, sondern hat seine sozialen und
ökonomischen Wurzeln im Kapitalismus.

Die Terroristen bedrohen mit den von ihnen verübten Morden
und Anschlägen die demokratische Ordnung. Sie geben da-
durch jenen reaktionären Kräften Auftrieb, die diese Situa-
tion für eine grundlegende Revision der in der Verfassung
festgelegten Freiheitsrechte des Einzelnen gegenüber dem
Staat ausnutzen wollen.

Die Rechte des Bürgers gegenüber dem Staat sind Resultat
eines langen historischen Prozesses. War der Einzelne frü-
her relativ rechtloser Untertan eines absoluten Herrschers,
so soll im demokratischen Staat alle Gewalt vom Volke aus-
gehen. Die Stellung des Einzelnen insbesondere im Justiz-
bereich gegenüber dem Staat kann als Spiegelbild der Ver-
fassungswirklichkeit angesehen werden.

Wenn daher die Bürgerrechte gerade im Justizbereich Ausdruck
eines bestimmten Demokratieverständnisses sind, das histo-
risch in Jahrhunderten gewachsen ist und vom Proletariat
zusammen mit anderen Schichten und Klassen erkämpft wurde, so
müssen alle Gesetzesänderungen, die die Stellung des Bür-
gers gegenüber dem Staat schwächen, als Rückschritt und nicht
als Fortschritt oder Weiterentwicklung bestehenden Rechts
gewertet werden.

Im Gefolge der Terroristen - Hysterie und unter dem Druck
reaktionärer Kräfte wurden eine Reihe Gesetze geändert oder
neu geschaffen bzw. ergänzt, die zweifelsohne die Stellung
des Einzelnen gegenüber Justiz bzw. Staat schwächen und da-
mit seine Rechte abbauen.

Unter Beachtung des historischen Entwicklungsprozesses der
Rechtskultur müssen diese Gesetzesänderungen als Beitrag zum
Abbau demokratischer Recht gewertet werden.

Im einzelnen ist deshalb zu fordern:

- Aufhebung des Kontaktsperregesetzes.
Das Kontaktsperregesetz greift in zahlreiche grundgesetz-
lich abgesicherte Rechtspositionen bestimmter Untersuchungs-
gefangener und Häftlinge ein
- Aufhebung der 1976 eingeführten §§ 88a und 130a, die eine
unerträgliche Beeinträchtigung der Freiheit der Meinungs-
äußerung und der Kunst bedeuten
- Die Verschärfung des Verteidigerausschlusses ist aufzuhe-
ben. Wenn bereits vage Verdachtsmomente ausreichen, dem
Verdächtigen einen Verteidiger seiner Wahl vorzuenthalten,
so wird damit das Grundrecht auf einen fairen Prozeß weit-
gehend eingeschränkt
- Eine Präzisierung des § 129 a StGB, der die Bildung und Un-
terstützung terroristischer Vereinigungen unter Strafe
stellt. Dieser Paragraph arbeitet mit derartig schwammigen
und ungenauen Begriffen, daß er als verfassungsrechtlich
bedenklich erscheinen muß und letztlich sehr weit ausleg-
bar ist

- Ablehnung des Entwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz. Der Entwurf weitet die Befugnisse der Polizei in einem Maße aus, daß für den Bestand und die Fortentwicklung des freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaates bedrohlich ist. Teile des Gesetzes sind mit der Funktion der Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat nicht vereinbar und stellen eine unerträgliche Zumutung für den einzelnen Polizeibeamten dar:
- Die Einführung des gezielten Todesschusses stellt das Leben zur Disposition des Staates. Artikel 2,2 und 102 GG stellen das Recht auf Leben in den Schutz des Staates und verbieten die Todesstrafe! Die Legalisierung des gezielten Todesschusses kann nicht nur den einzelnen Polizisten als Befehlsempfänger in eine Konfliktsituation bringen, sondern birgt auch die Gefahr in sich, daß in kritischen Situationen andere Problemlösungsmöglichkeiten nicht genügend ausgeschöpft werden.
- Die Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten und deren Einsatz gegen Menschen bzw. auch gegen eine Menschenmenge, ist mit dem Verständnis von den Aufgaben der Polizei in einem demokratischen Rechtsstaat nicht zu vereinbaren.
- Die Befugnisse zur Identitätsfeststellung, zur Behandlung festgehaltener Personen, zur Durchsuchung von Personen und Wohnungen gehen weit über bestehende Eingriffsmöglichkeiten hinaus und sind so vage gehalten, daß die Exekutive ihren Handlungsspielraum zu einer Interpretationssache zu unbestimmter Gesetzestexte machen kann.
Heute schon geltende Teile des Entwurfs eines bundeseinheitlichen Polizeigesetzes (z.B. Bewaffnung der Polizei mit Maschinengewehren und Handgranaten in Berlin) sowie die schon durch die jüngste Novellierung der Strafprozeßordnung vorweggenommenen Bestimmungen sind unverzüglich aufzuheben.
- Die demokratische Kontrolle der Geheimdienst ist grundsätzlich zu erweitern. Vor allem sind erforderlich:
 - Gewährleistung des grundrechtlichen Anspruchs auf gerichtliche Kontrolle durch den betroffenen Bürger zusätzlich zu einer parlamentarischen Kontrolle
 - Regelung der nachrichtendienstlichen Mittel und ihrer Anwendung. Verbot ihrer Anwendung durch Polizeibehörden.
 - Beschränkung der Weitergabe von Erkenntnissen des Verfassungsschutzes an andere Behörden auf Fälle des Terrorismus, der Spionage und verfassungswidriger Tätigkeit, die strafrechtlich relevant sind.
 - Gewährleistung von Schadensersatz und öffentlicher Rehabilitierung zu Unrecht verdächtigter Personen.

Eine Reihe weiterer Gesetze und Gesetzesvorhaben, die in ihrer Kombination mit anderen Gesetzen oder auch allein für sich zu einer Beeinträchtigung der bürgerlichen Freiheitsrechte führen können, sind ebenfalls abzulehnen. Hervorgehoben sei in diesem Zusammenhang das Bundesmeldegesetz oder das Datenschutzgesetz. Eine gründliche Diskussion und Revision dieser Gesetzentwürfe ist unumgänglich, um zu verhindern, daß der freiheitliche Rechtsstaat zu einem Überwachungsstaat wird.

Auch die sogenannten Antiterrorgesetze und entsprechende andere Gesetzesänderungen offenbaren ihren gefährlichen Charakter z.T. erst bei kombinierter und weitestgehender Auslegung: so könnte bereits im Gefolge einer gewerkschaftlichen Maidemonstration, auf der es zu "Gewalttätigkeiten" kommt (wie z.B. Umwerfen einer Mülltonne, jemand prallt mit einem Polizisten zusammen, es wird versucht, wild zu plakatieren), diese Demonstration zu einer "gewalttätigen Demonstration" erklärt werden. Selbst der friedlichste Teilnehmer könnte dann, durch Polizeifotos identifiziert, wegen Landfriedensbruch belangt werden und die Gewerkschaft als kriminelle Vereinigung verboten werden, da Mitglieder der Gewerkschaft wußten, daß es bei Durchführung der Aktion zu jenen Straftaten kommen k o n n t e . Maschinengewehreinsatz wäre nach dem Entwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes möglich, Verhaftete würden ohne Benachrichtigung von Anwälten oder Angehörigen festgehalten. Es bleibt deshalb Forderung, unpräzise Formulierungen zu ändern bzw. unnötige und politisch gefährliche Gesetze abzuschaffen. Die noch weitergehenden Vorstellungen der CSU/CDU sind nachdrücklich zu bekämpfen.

5.2.3. Steht die Möglichkeit zum Erhalt der demokratischen Rechte in einem unmittelbaren Bedingungszusammenhang zur ökonomischen Entwicklung und zu den politischen Kräfteverhältnissen, so hieße es, dem politischen Gegner einen Teil des politischen Feldes freiwillig zu überlassen, würde man auf den juristischen Kampf verzichten.

Neben der Bedeutung der juristischen Auseinandersetzung als Teil des politischen Wirkens der Arbeiterbewegung zum Erhalt und Ausbau ihres Handlungsspielraumes gehört zum politisch-juristischen Kampffeld auch die Gegenüberstellung von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit. Der Vergleich des im Artikel 3 des GG formulierten Gleichheitsgrundsatzes mit der sozialen Realität, die gekennzeichnet ist durch Diskriminierung und Ungleichbehandlung ganzer Bevölkerungssteile, ist eine wichtige Triebfeder im Kampf für die Veränderung der sozialen Verhältnisse. Dies gilt ebenso für das in der Verfassung enthaltene Sozialstaatsprinzip, welches u.a. durch die sich vergrößerende Kluft von Besitzstand und sozialer Sicherheit zwischen Kapitalbesitzern auf der einen und den abhängigen Schichten auf der anderen Seite in einem immer größeren Widerspruch zur Realität steht. Dies gilt für die formal garantierte Möglichkeit der gleichen Bildung und Ausbildung sowie der freien Berufswahl, die nichts mit dem gegenwärtigen Numerus Clausus und Ausbildungsplatzmangel in der Berufsbildung zu tun hat. Der freien Berufswahl steht die Massenarbeitslosigkeit entgegen. Das in einigen Länderverfassungen, in der Menschenrechtskonvention von 1948 und in der für die BRD 1965 in Kraft getretene Europäerische Sozialcharta garantierte Recht auf Arbeit charakterisiert z.Z. wohl am deutlichsten den Gegensatz zwischen Verfassungstexten und sozialer Realität. Entsprechend seinem Kompromißcharakter enthält das Grundgesetz nicht den Verfassungsauftrag zum Aufbau des Sozialismus, so wenig wie es

gleichzeitig eine alternative Gesellschaftsformation ausschließt. Die im Grundgesetz enthaltenen sozialen Rechte und Garantien sind als Verfassungsaufträge wichtige Ansatzpunkte für den Kampf der Arbeiterbewegung. Sie verdeutlichen einerseits immer wieder auf's neue, daß in der kapitalistischen Gesellschaft nicht einmal grundlegende Rechte und Bedürfnisse der Lohnabhängigen verwirklicht werden bzw. befriedigt werden können. Sie verweisen andererseits ständig auf die Notwendigkeit der grundlegenden Umwälzung der Produktionsverhältnisse, damit aus den formalen Rechten auch materiell durchsetzbare werden.

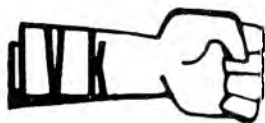
Neben dem ökonomisch-politischen Kampf um die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit treten wir für die Verankerung des Rechts auf Arbeit auch im Grundgesetz ein.

Für den Erhalt des gewerkschaftlichen Handlungsspielraums ist z.Z. von entscheidender Bedeutung, ob es gelingt, die durch die Aussperrungsaktionen der Unternehmer durchbrochene Tarifautonomie wiederherzustellen. Wir fordern das gesetzliche Verbot der Aussperrung, da nur so den Kapitalisten ein Instrument entwunden werden kann, das darauf angelegt ist, das von der Arbeiterbewegung in langem Kampf erreichte Recht des Streiks als ihre wirkungsvollste Waffe im Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung, mit einem Schlag aufzuheben.



BERUFSVERBOTE-
EIN STAAT SIEHT
ROT

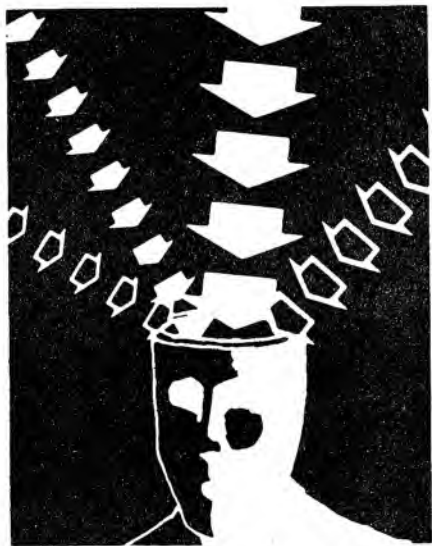
DM 1,50



3. ergänzte Auflage

Arbeitskreis Massenmedien
der Berliner Jungsozialisten

Macht die MASSEN- MEDIEN demokratisch!



DM 2,-

Albers / Neumann / Wand (Hg)

**Orientie
rungs
Rahmen**

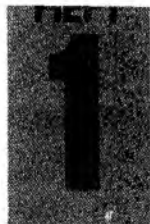
**-ohne
Alternative?**

Zur Diskussion
um Alternativen
sozialdemokratischer
Politik

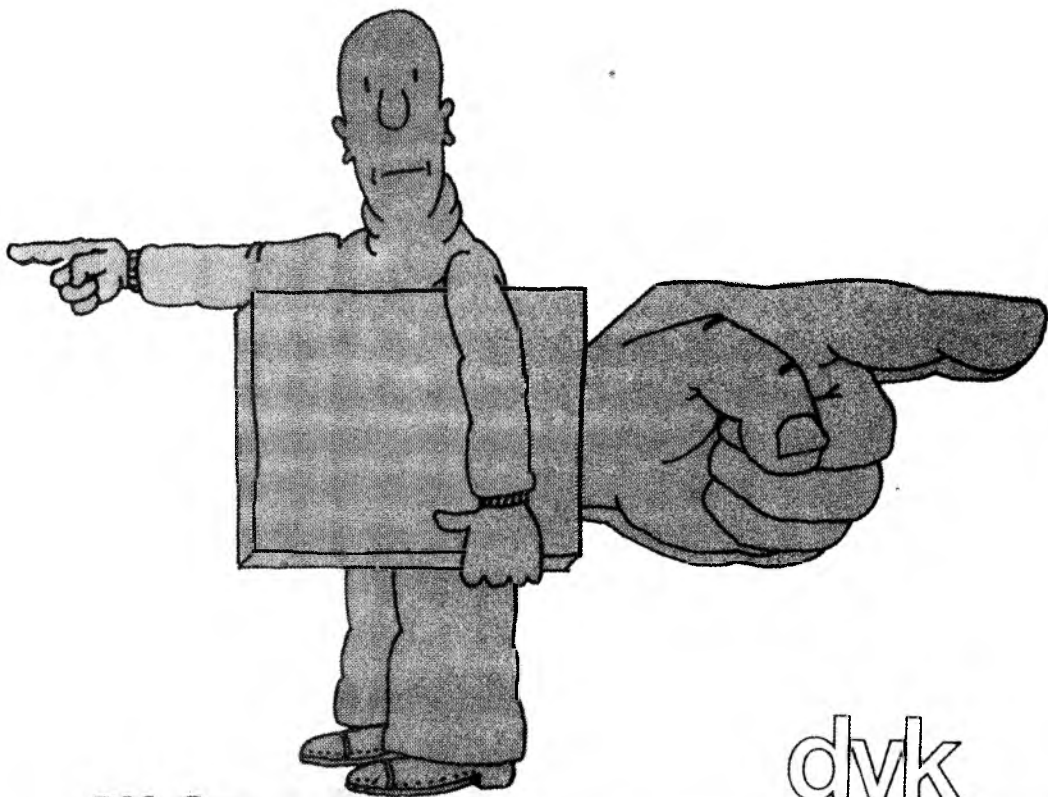
DM 4,-



Berliner Strategie- beschluss



mit einer
Einleitung von
Andreas Wehr

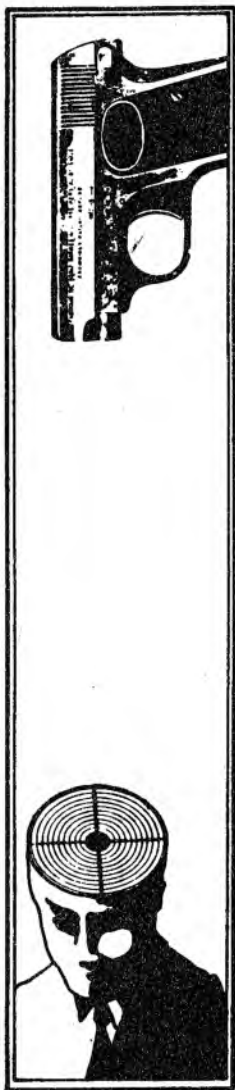


DM 3,—

dvk

Reihe

POSITIONEN DER JUNGSOZIALISTEN



Christoph
Butterwegge

**PARTEI
ORDNUNGS
VERFAHREN
IN DER
SPD**

DM 6,50

